

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

Indikatorenbericht 2006



Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Fachliche Informationen

zu dieser Veröffentlichung:

Dr. Karl Schoer

Telefon: +49 (0) 611 / 75 22 23

Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 71

ugr@destatis.de

Graphische Gestaltung:

Statistisches Bundesamt

Erschienen im April 2007

Bestellnummer: 0230001-06900-4

Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.

Allgemeine Informationen

zum Datenangebot:

Informationsservice,

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

www.destatis.de/kontakt

Veröffentlichungskalender

der Pressestelle:

www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort 2

I. Generationengerechtigkeit

Ressourcenschonung

1a Energieproduktivität 4

1b Rohstoffproduktivität 6

Klimaschutz

2 Treibhausgasemissionen 8

Erneuerbare Energien

3 Anteile erneuerbarer Energien
am Energieverbrauch 10

Flächeninanspruchnahme

4 Anstieg der Siedlungs- und
Verkehrsfläche 12

Artenvielfalt

5 Artenvielfalt und
Landschaftsqualität 14

Staatsverschuldung

6 Staatsdefizit 16

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

7 Verhältnis der Bruttoanlage-
investitionen zum BIP 18

Innovation

8 Private und öffentliche Ausgaben
für Forschung und Entwicklung 20

Bildung

9a 25-Jährige ohne Ausbildungs-
abschluss 22

9b 25-Jährige mit Hochschul-
ausbildung 24

9c Studienanfängerquote 26

II. Lebensqualität

Wirtschaftlicher Wohlstand

10 BIP je Einwohner 28

Mobilität

11a Gütertransportintensität 30

11b Personentransportintensität 32

11c Anteil des Schienenverkehrs
und der Binnenschifffahrt 34

Ernährung

12a Stickstoffüberschuss 36

12b Ökologischer Landbau 38

Luftqualität

13 Schadstoffbelastung der Luft 40

Gesundheit

14a Vorzeitige Sterblichkeit 42

14b Zufriedenheit mit der Gesundheit 44

Kriminalität

15 Wohnungseinbruchsdiebstahl 46

III. Sozialer Zusammenhalt

Beschäftigung

16 Erwerbstätigenquote 48

Perspektiven für Familien

17 Ganztagsbetreuungs-
angebote für Kinder 50

Gleichberechtigung

18 Durchschnittlicher Lohn
von Frauen 52

Integration

19 Ausländische Schul-
abgänger ohne Haupt-
schulabschluss 54

IV Internationale Verantwortung

Entwicklungszusammenarbeit

20 Anteil öffentlicher Ent-
wicklungsausgaben am
Bruttonationaleinkommen 56

Märkte öffnen

21 Einfuhr der EU-15 aus
Entwicklungsländern 58

Was haben die Binnenschifffahrt, der öffentliche Nahverkehr und die Höhe der Staatsverschuldung oder unsere Ausgaben für Bildung miteinander zu tun? Auf den ersten Blick nicht viel. Jedes Thema ist für sich genommen wichtig. Doch bei genauerem Hinschauen ergibt sich, dass diese Themen als Messlatte dienen können, wie wir es vermögen Wohlstand und Lebensqualität der kommenden Generationen zu sichern. Einmal festgelegte Basiswerte für die Binnenschifffahrt, die Personentransportintensität, die Staatsverschuldung oder Bildungsausgaben ermöglichen es uns überhaupt erst, Ziele zu definieren: Abbauziele, zum Beispiel bei der Kohlendioxidemission oder Staatsverschuldung oder Zuwachsziele, zum Beispiel mehr Güter per Schiff oder Schiene befördern oder mehr Geld für die Bildung auszugeben. Denn eine nationale Strategie für Nachhaltigkeit als roter Faden des Handelns der Bundesregierung ist nur glaubwürdig, wenn wir uns an konkreten Zielen messen lassen. Wir benötigen Indikatoren für diese Ziele und Ausgangs-

werte, um Verbesserungen nach oben oder nach unten erkennen und zukünftiges Handeln steuern zu können. In Abwandlung eines Zitates von Autor Hans Barbier dürfen wir nicht das Holz verbrennen, aus dem unsere Kinder ihre Hütten bauen. Deshalb darf Nachhaltigkeit kein Schlagwort sein, sondern muss sich konkretisieren: in Indikatoren, in Zahlen, in Zielen.

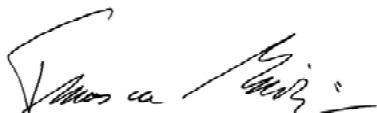
Sie verlangt nach einer verlässlichen und transparenten Erfolgskontrolle. Aus dem vorliegenden Bericht ergibt sich der Stand der Nachhaltigkeitsindikatoren bezogen auf die Ziele der Strategie aus dem Jahre 2002. Ich freue mich, dass sich das Statistische Bundesamt bereit erklärt hat, den Stand der Indikatoren zu analysieren. Die vorliegende Ausarbeitung zeigt: In etlichen Bereichen gab es bereits wichtige Fortschritte. Insgesamt sind aber noch weitere Anstrengungen erforderlich.

Kontinuität bei Zielen und Indikatoren ist eine wichtige Voraussetzung, um zu langfristig aussagekräftigen Ergebnissen zu

gelangen und die für eine nachhaltige Entwicklung entscheidenden langfristigen Trends wahrnehmbar zu machen. Trotzdem ist es an der Zeit, bis zum nächsten Fortschrittsbericht zur Strategie 2008 auch die bestehenden Ziele und Indikatoren zu überprüfen. Gibt es bessere und aussagekräftigere Indikatoren? Wie soll mit Zielen umgegangen werden, die schon erreicht worden sind, z. B. das Ziel zur Reduzierung der Wohnungseinbruchdiebstähle oder die Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien an der Primärenergieerzeugung? Wie steht es mit Zielen, die grundsätzlich wünschenswert sein mögen, bei denen aus heutiger Sicht aber gefragt werden könnte, ob sie in ihrer Höhe im ursprünglich geplanten Zeitraum tatsächlich erreichbar sind (z. B. im Bereich Biolandbau)?

Diese und andere Punkte werden in den anstehenden Prüfungsprozess einfließen. Nicht nur mit Blick auf die Frage, wo wir heute stehen, sondern auch für eine behutsame Weiterentwicklung der Indikatoren und Ziele bietet die vorliegende

unabhängige Analyse des Statistischen Bundesamtes eine sehr gute Grundlage.



Dr. Thomas de Maizière
Bundesminister, Chef des
Bundeskanzleramtes,
Vorsitzender des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung

Im April 2002 veröffentlichte die Bundesregierung unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ ihre nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung. Kernstück der Strategie sind 21 Indikatoren. Mit Hilfe dieser Indikatoren soll die Nachhaltigkeit der Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft beobachtet werden. Zu den Indikatoren wurden größtenteils quantitative Zielvorgaben formuliert, die als Messlatte dienen.

Der erste Fortschrittsbericht wurde im Jahre 2004 veröffentlicht. Mit der Erstellung des hier vorgelegten Indikatorenberichts 2006 beauftragte die Bundesregierung das Statistische Bundesamt.

Der größte Teil des den Indikatoren zu Grunde liegenden Datenmaterials stammt ohnehin aus der amtlichen Statistik. Mit den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen verfügt die Statistik darüber hinaus über ein hervorragendes Instrumentarium, um Querbeziehungen zwischen wirtschaftlichen, umweltbezogenen und sozialen Indikatoren der Strategie systematisch

zu untersuchen. Diese ganzheitliche Betrachtungsweise erlaubt insbesondere, unterschiedliche und zum Teil miteinander im Konflikt stehende Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsstrategie gleichzeitig im Blick zu behalten.

Der Bericht wurde vom Statistischen Bundesamt in eigener Verantwortung erstellt. Er folgt dem Grundsatz einer neutralen und unabhängigen Berichterstattung. Die Erläuterungen zu den einzelnen Indikatoren beschränken sich deshalb auf eine statistische Analyse und verzichten bewusst auf eine politische Bewertung.

Das Statistische Bundesamt unterstützt eine faktenbasierte Nachhaltigkeitspolitik, indem es Daten und statistische Analysen über den Stand der deutschen Nachhaltigkeitsindikatoren zur Verfügung stellt sowie notwendige methodische Weiterentwicklungen der Indikatoren fachlich begleitet.

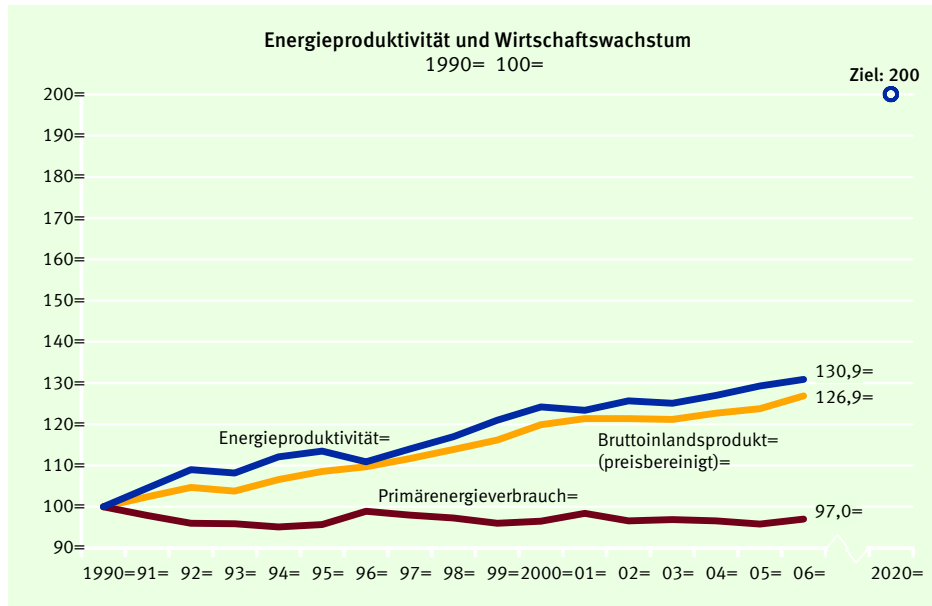


Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes

I. Generationengerechtigkeit

Ressourcenschonung

Ressourcen sparsam und effizient nutzen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

1a Energieproduktivität

Der Einsatz von Energie nimmt für den Wirtschaftsprozess eine Schlüsselposition ein, denn nahezu jede Produktionsaktivität ist entweder direkt oder indirekt mit dem Verbrauch von Energie verbunden. Auch die privaten Haushalte setzen direkt Energie ein und zwar insbesondere für das Heizen der Wohnungen und das Betreiben von elektrischen Geräten sowie bei der Nutzung von Kraftfahrzeugen. Zugleich kann aber der Verbrauch von Energie mit vielfältigen Umweltbelastungen verbunden sein, wie z. B. die Beeinträchtigungen von Landschaften, Ökosystemen, Böden, Gewässern und Grundwasser durch den Abbau energetischer Rohstoffe, die Entstehung von Emissionen in die Luft, von Abfällen sowie den Verbrauch von Kühlwasser bei der Umwandlung und dem Verbrauch von Energieträgern. Und nicht zuletzt ist der Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe im Hinblick auf die Bewahrung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen von Bedeutung.

Der hohen Bedeutung der Energie sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus Umweltsicht wird in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung durch die Aufnahme des Indikators „Energieproduktivität“ (Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, je Einheit Energieverbrauch) Rechnung getragen. Die Bundesregierung strebt an, die Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln.

Die Energieproduktivität hat sich in Deutschland von 1990 bis 2006 um knapp 31 % erhöht. Der Produktivitätsanstieg signalisiert zwar einen effizienteren Energieeinsatz. Dies hat aber nur zu einem relativ schwachen absoluten Rückgang des Energieverbrauchs um 3 % geführt, weil die Effizienzsteigerung durch ein Wirtschaftswachstum von rund 27 % weitgehend aufgezehrt wurde. In den letzten Jahren (2000 bis 2006) hat sich der Anstieg der Energieproduktivität verlangsamt. Eine Fortsetzung des bisherigen durchschnittlichen Entwicklungstempos würde nicht ausreichen, um das Ziel einer Verdopplung

der Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Im Jahre 2005 entfielen gut 42 % des inländischen Energieverbrauchs auf die Produktion von Waren und Dienstleistungen, 29% auf die privaten Haushalte sowie 29% auf den Verkehrssektor.

Bei den privaten Haushalten ist der direkte Energieverbrauch von 1990 bis 2005 um rund 11 % gestiegen. Dies ist insbesondere auf eine erhöhte Nachfrage im Zusammenhang mit einer Ausweitung der Wohnfläche sowie eine starke Zunahme bei der Ausstattung mit Elektrogeräten zurückzuführen. Im Verkehrssektor lag der Energieverbrauch im Jahr 2005 trotz leichter Rückgänge seit 2000 noch gut 10 % über dem Niveau des Jahres 1990.

Bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen war im Zeitraum 1990 bis 2005 insgesamt ein Rückgang des Energieverbrauchs von 17 % zu verzeichnen. Zur positiven Entwicklung der Energieproduk-

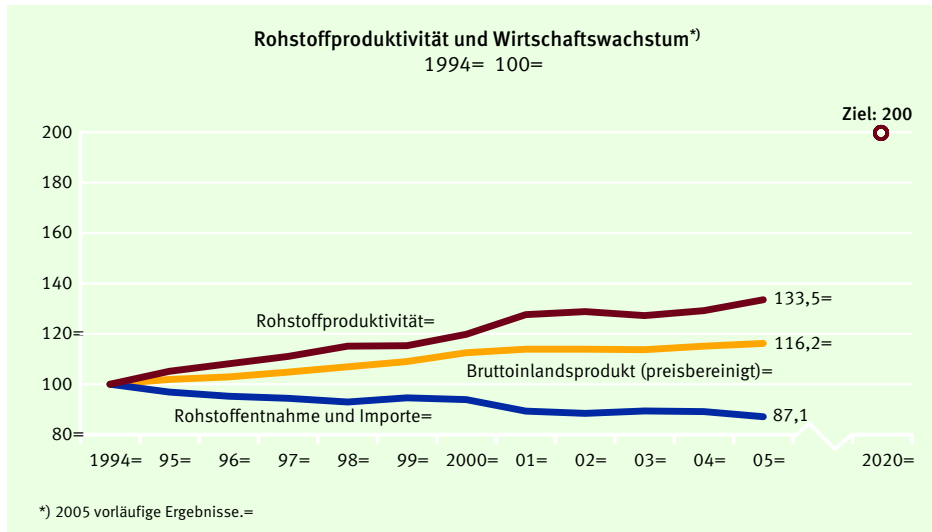
tivität hat neben der verbesserten Energieeffizienz in den Produktionsbereichen auch ein Wandel in der Branchenstruktur hin zu weniger energieintensiven Produktionsverfahren beigetragen.

Die inländische Energiewirtschaft ist durch eine zunehmende internationale Verflechtung gekennzeichnet. Die Importabhängigkeit bei Energie erhöhte sich deutlich mit einem Importanteil von 74 % im Jahr 2005 gegenüber 57 % im Jahr 1990.

I. Generationengerechtigkeit

Ressourcenschonung

Ressourcen sparsam und effizient nutzen



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1b Rohstoffproduktivität

Die Nutzung von Rohstoffen ist unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist jedoch auch mit Belastungen für die Umwelt verbunden. Außerdem stehen nicht erneuerbare Bodenschätze, die heute verbraucht werden, künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung. Deshalb ist ein sparsamerer Umgang mit Rohstoffen erforderlich. Es besteht das Ziel, die Rohstoffproduktivität bis zum Jahr 2020 bezogen auf das Basisjahr 1994 zu verdoppeln.

Die Rohstoffproduktivität drückt aus, welche Menge an abiotischem Primärmaterial (in Tonnen) eingesetzt wird, um eine Einheit Bruttoinlandsprodukt (in Euro, preisbereinigt) zu erwirtschaften. Zum abiotischen Primärmaterial zählen die im Inland entnommenen Rohstoffe – ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse – und alle importierten abiotischen Materialien (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren).

Die Rohstoffproduktivität erhöhte sich zwischen 1994 und 2005 um 33,5%. Bei rückläufigem Materialeinsatz (-13%) stieg das Bruttoinlandsprodukt um 16%. In den letzten Jahren (2000 bis 2005) hat sich der Anstieg der Produktivität etwas verlangsamt. Der Indikator entwickelte sich zwar in die angestrebte Richtung, das bisherige Tempo der Erhöhung würde jedoch nicht ausreichen, um das gesetzte Ziel zu erreichen.

Die günstige Entwicklung der Rohstoffproduktivität in den letzten Jahren ist ausschließlich auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen zurückzuführen, nicht aber auf einen im Durchschnitt sparsameren Einsatz der Rohstoffe: Die weniger materialintensiven Branchen (insbesondere Dienstleistungsbe- reiche) sind gewachsen, während Branchen mit hohem Materialverbrauch wie z. B. das Baugewerbe (mit 45% des gesamten Primärmaterial Einsatzes) oder andere Bereiche des Produzierenden Gewerbes

eher geschrumpft sind (siehe Indikator 10 „BIP je Einwohner“). Eine wesentliche Rolle spielten die erheblich verminderten Bauaktivitäten (siehe Indikator 7 „Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP“) und der dadurch gefallene Einsatz von Baurohstoffen (-28%). Der Einsatz von Erzen und ihren Erzeugnissen nahm dagegen im betrachteten Zeitraum deutlich zu (+29%).

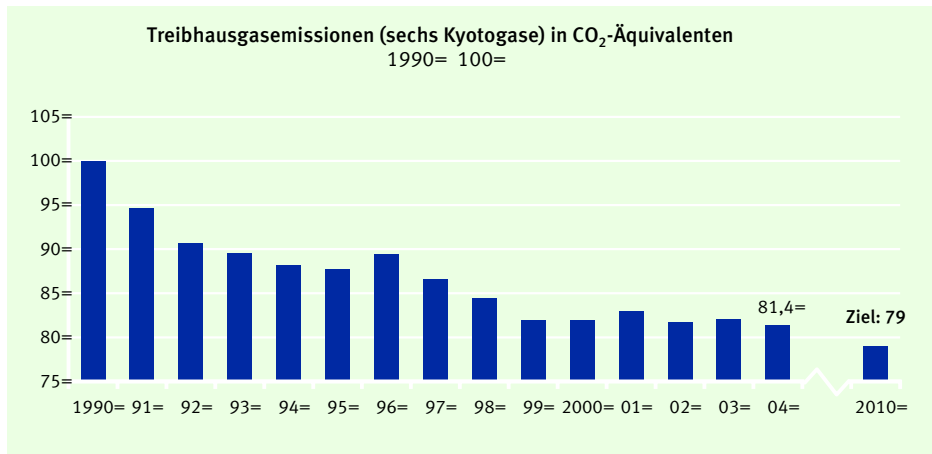
Bedeutsam für die Interpretation der Entwicklung des Rohstoffindikators ist auch, dass der Materialeinsatz zunehmend durch Importe gedeckt wird. Während die Entnahme von Rohstoffen im Inland zwischen 1994 und 2005 um 267 Mill. Tonnen (-24%) zurückgegangen ist, stieg die Einfuhr von Rohstoffen sowie Halb- und Fertigwaren um 73 Mill. Tonnen (+19%). Der Anteil der importierten Güter am gesamten Primärmaterial Einsatz erhöhte sich damit von 26% im Jahre 1994 auf fast 36% im Jahre 2005. Quantitativ bedeutsam sind bei dieser Verlagerung insbesondere

die gestiegenen Importe von metallischen Halb- und Fertigwaren (+49%) sowie die Ablösung von heimischer Steinkohle und Braunkohle durch importierte Energieträger (siehe Indikator 1a „Energieproduktivität“). Die inländische Natur wird also zunehmend geschont und die Umweltbelastungen, die mit der Entnahme von Rohstoffen und ihrer Weiterverarbeitung zu Halb- und Fertigwaren verbunden sind, werden in das Ausland verlagert.

I. Generationengerechtigkeit

Klimaschutz

Treibhausgase reduzieren



Quelle: Umweltbundesamt.

2 Treibhausgasemissionen

Die drohende Klimaänderung ist eine große Herausforderung für die Menschheit. Deutschland hat sich daher verpflichtet, seine Emissionen der sechs im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase bzw. Treibhausgasgruppen bis zum Zeitraum 2008 bis 2012 gegenüber 1990 um 21 % zu reduzieren.

Zu den Treibhausgasen zählen gemäß der internationalen Vereinbarung von Kyoto folgende Stoffe: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid = Lachgas (N₂O), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC) und Schwefelhexafluorid (SF₆). Diese Emissionen entstehen vorwiegend bei der Verbrennung fossiler Energieträger, wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Weitere bedeutsame Emissionsquellen sind landwirtschaftliche Aktivitäten und der Umgang mit Lösungsmitteln.

Seit 1990 hat Deutschland die Freisetzung von Treibhausgasen deutlich vermindert. Bezogen auf die Basisjahre des Kyoto-

Protokolls (1990/1995) sanken die in CO₂-Äquivalente umgerechneten Gesamtemissionen bis zum Jahr 2004 um rund 232 Mill. t oder 18,6%. Zur Erreichung des Kyoto-Ziels fehlen damit noch 2,4 Prozentpunkte bis zur Periode 2008 – 2012. Allerdings wurde der überwiegende Teil der Reduktion im Zeitraum 1990 bis 1995 mit 153 Mill. t erreicht (– 12,3%). Der starke Rückgang der Emissionen in diesem Zeitraum ist insbesondere auf die Umstrukturierungsprozesse in den neuen Bundesländern (und die damit einhergehende Steigerung der Energieeffizienz, der Umstieg auf emissionsärmere Energieträger, die Stilllegung veralteter Anlagen etc.) und auf Wirkungsgradsteigerungen der Kraftwerke sowie Änderungen im Energiemix mit verstärktem Einsatz emissionsfreier bzw. emissionsärmerer Energieträger zurückzuführen.

Im Zeitraum 1995 bis 2004 gingen die Emissionen dagegen nur noch um 79 Mill. t (– 7,2%) zurück. Der Anteil von Kohlendioxid am Treibhausgasausstoß belief sich 2004 auf rund 87%. Die Emissionen von Kohlendioxid verminderten sich seit 1995

um 34 Mill. Tonnen. Deutlich mehr als die Hälfte des Rückgangs von 7,2% entfiel auf die sonstigen Treibhausgase (– 45 Mill. t).

Ursache für die nur noch relativ geringe Minderung der Kohlendioxidemissionen seit 1995 ist vor allem der insgesamt schwache Rückgang in den Produktionsbereichen um 16 Mill. t. In dieser Entwicklung schlägt insbesondere die Zunahme der Emissionen beim Produktionsbereich „Erzeugung und Verteilung von Energie (Strom, Gas)“ (+ 9 Mill. t) zu Buche, die mit dem generellen Anstieg der Stromproduktion verbunden ist. Bezogen auf die Kilowattstunde Strom sind die Kohlendioxidemissionen in Folge der Effizienzerhöhung in Kraftwerken auf Basis fossiler Brennstoffe seit 1995 um rund 7% gesunken. In den meisten anderen Branchen verringerten sich die Emissionen im gleichen Zeitraum dagegen zum Teil deutlich.

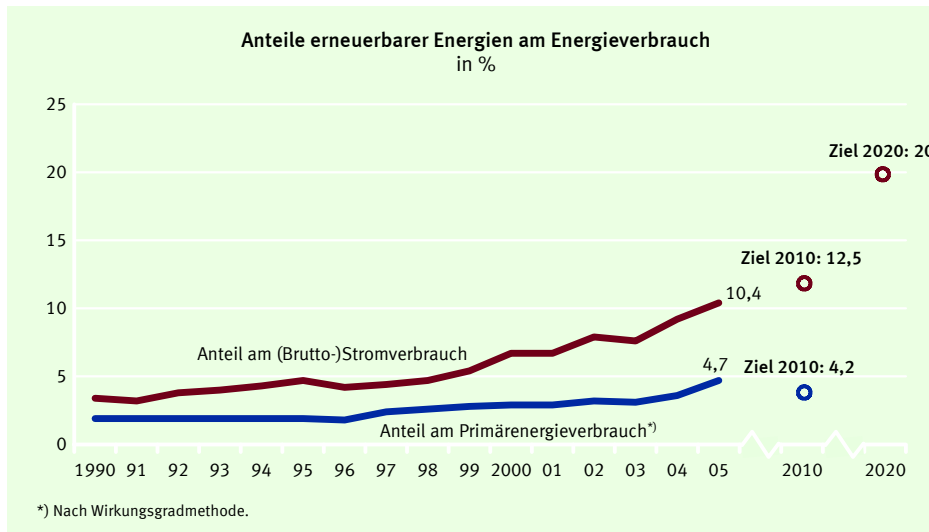
Die Gesamtentwicklung der Kohlendioxidemissionen in den Produktionsbereichen im Zeitraum 1995 bis 2004 ist das Ergebnis gegenläufiger Einflussfaktoren. Das allgemeine Wirtschaftswachstum von 14%

zwischen 1995 und 2004 allein hat rechnerisch einen Anstieg der Emissionen um 98 Mill. t bewirkt. Dagegen wurden aufgrund der Veränderung der Wirtschaftsstruktur, die insbesondere durch einen deutlich steigenden Anteil der Dienstleistungsbereiche geprägt war, Emissionen in Höhe von 99 Mill. t vermieden. Die Emissionen je Euro Wertschöpfung beliefen sich im Durchschnitt aller Dienstleistungsbereiche nur auf ein Zehntel des Werts für das Produzierende Gewerbe. Die Faktoren effizientere Nutzung von Energie und Einsatz von kohlenstoffärmeren Energieträgern schlugen sich ebenfalls entlastend mit – 6 Mill. t bzw. – 9 Mill. t auf den Ausstoß von Kohlendioxid nieder.

I. Generationengerechtigkeit

Erneuerbare Energien

Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen



Quelle: BMWI Juli 2006.

3 Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch

Die Reserven wichtiger fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle sind begrenzt und ihre Nutzung ist mit der Emission von Treibhausgasen verbunden. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es deshalb, den Ausbau erneuerbarer Energieträger voranzutreiben. Erneuerbare Energieträger sind Energiequellen, die unter ständiger Regeneration aus natürlichen Prozessen abgeleitet werden. Zu den erneuerbaren Energien zählen u. a. Wasserkraft, Windkraft, Solar- und Geothermie, aber auch Biomasse wie Brennholz und der biologisch abbaubare Anteil von Abfällen aus Haushalten.

Die Entwicklung des Einsatzes erneuerbarer Energien wird in der Nachhaltigkeitsstrategie anhand der Indikatoren „Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Primärenergieverbrauch“ und „Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen an der gesamten Stromerzeugung“ gemessen. Zielsetzung ist es bis zum Jahr

2010 den Anteil am Primärenergieverbrauch auf 4,2% und den Anteil an der Stromerzeugung auf 12,5% zu erhöhen. Bis zum Jahre 2020 soll der Anteil an der Stromerzeugung darüber hinaus auf mindestens 20% steigen.

Im Zeitraum 1990 bis 2005 stieg der Anteil der erneuerbaren Energie am Primärenergieverbrauch von 0,9% auf 4,7%. Der Anteil am Stromverbrauch erhöhte sich von 3,4% auf 10,4%. Besonders ausgeprägt ist der Aufwärtstrend in den letzten vier Jahren seit Einführung der Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments vom 27.10.2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsmarkt und der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vom 21.7.2004, durch die Stromerzeuger verpflichtet werden, erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien vorrangig abzunehmen. Bei dem Teilindikator „Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch“ wurde der Zielwert für 2010 (4,2%) bereits 2005 um 0,5 Prozentpunkte übertroffen.

Der Anteil der einzelnen erneuerbaren Energieträger am gesamten Energieaufkommen aus erneuerbaren Energien war 2005 sehr unterschiedlich. 2005 waren von den erneuerbaren Energien rund 67% Bioenergien, 16% Wind- und 13% Wasserkraft. Die erneuerbaren Energien wurden überwiegend in den Bereichen Stromerzeugung (38%) und Wärmezeugung (48%) eingesetzt. Der Bereich Kraftstoffe und Biodiesel hatte einen Anteil von 14% am gesamten Energieaufkommen aus erneuerbaren Energien.

Im Teilbereich der Stromerzeugung hatten Windenergie und Fotovoltaik einen Anteil von 17%, die Wasserkraft von 13% und die biogenen Festbrennstoffe einen Anteil von 3%. Auf die übrigen erneuerbaren Energien entfielen 5%. Die biogenen Festbrennstoffe waren bei der Wärmezeugung mit 40% die größte Gruppe. Auf Solar- und Geothermie entfielen 3% und auf die Sonstigen 6%.

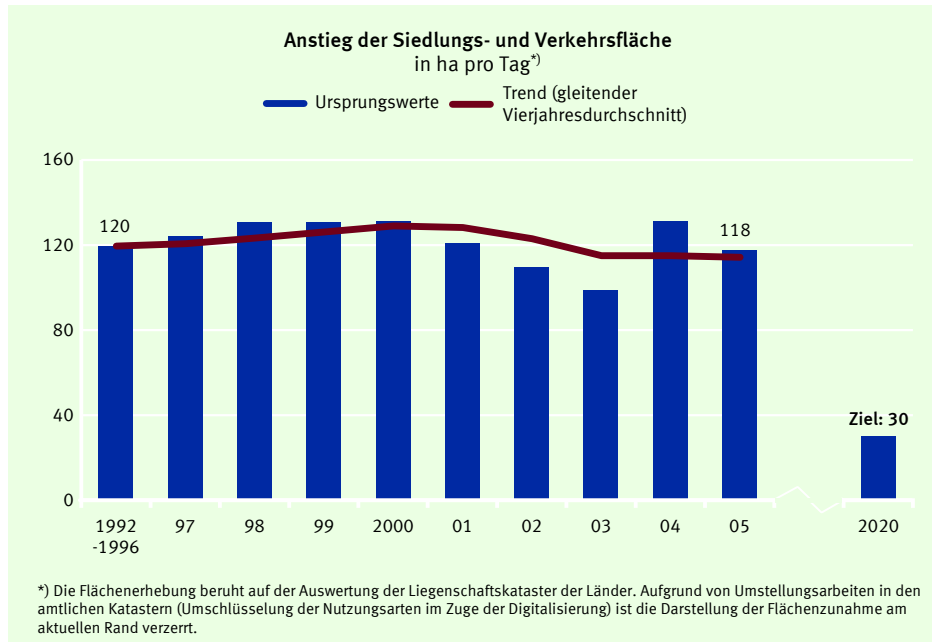
Der beschleunigte Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

seit dem Jahr 2000 geht auf die zunehmende Bedeutung der Windenergie und der Nutzung von Biomasse zurück. So stieg die Stromerzeugung mit Windenergie von 7 550 GWh im Jahr 2000 auf 27 229 GWh im Jahr 2005 (+ 250%). Im Jahr 1995 betrug sie noch 1 800 GWh. Die Stromerzeugung aus Biomasse verfünffachte sich im Zeitraum 2000 bis 2005. Bei der Wasserkraft war im gleichen Zeitraum ein niederschlagsbedingter Rückgang bei der Energiebereitstellung von 13% zu verzeichnen. Der Beitrag der Wasserkraft zur gesamten Stromerzeugung der erneuerbaren Energien lag 2005 bei 21 524 GWh.

Die erneuerbaren Energien liefern einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung von Emissionen. So konnten nach Berechnungen der „Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien – Statistik“ durch deren Nutzung im Jahre 2005 Treibhausgasemissionen (siehe Indikator 2 „Treibhausgasemissionen“) in Höhe von 77 Mill. Tonnen (rund 9%) vermieden werden.

Flächeninanspruchnahme

Nachhaltige Flächennutzung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

4 Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Die unbebaute, unzerschnittene und unzersiedelte Fläche ist eine begrenzte Ressource. Neben den direkten Umweltfolgen einer Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsflächen – wie dem Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung, dem Verlust an fruchtbaren oder naturnahen Flächen sowie an Biodiversität – erzeugt jede Neuerschließung von Bauflächen im Umfeld der Städte und außerhalb von bisherigen Siedlungskernen mehr Verkehr und damit weitere Umweltbelastungen durch Lärm, Energieverbrauch und Schadstoffemissionen. Neben ökologischen Problemen resultieren aus der Flächeninanspruchnahme zunehmend auch ökonomische und soziale Probleme wie z. B. Wohnungsleerstand. Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag zu begrenzen.

In den letzten Jahren dürfte sich der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche zwar abgeschwächt haben. Eine Fortsetzung des gegenwärtigen Trends reicht aber nicht aus, um die Zielvorgabe der Bundesregierung zu erreichen.

Die aktuelle Entwicklung der Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche lässt sich anhand der Ergebnisse der Flächenerhebung wegen des un stetigen Verlaufs der Reihe nicht exakt ermitteln. Vermutlich überzeichnen die Ergebnisse für die Jahre 2001 bis 2003 den jeweiligen Rückgang. Dieser Effekt wurde danach wieder ausgeglichen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Flächenzuwachs sich tatsächlich über den gesamten Zeitraum ab dem Jahr 2000 hinweg relativ kontinuierlich abgeschwächt hat (siehe den als gleitenden Vierjahresdurchschnitt berechneten Trend). Ein solcher Verlauf würde mit der Entwicklung der Bauinvestitionen, die sich im Zeitraum 2000 bis 2005 preisbereinigt um insgesamt 18 % verringert haben (siehe Indikator 7 „Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP“), in etwa korrespondieren.

Im Zeitraum 1992 bis 2004 erhöhte sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 13,2%. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 121 ha pro Tag. Davon stieg die Siedlungsfläche um 18,1 % (98 ha pro Tag), während sich die Verkehrsfläche um 6,1 % (23 ha pro Tag) erhöhte. Die gefahrenen Kilometer auf der Straße nahmen um 18,2 % zu gegenüber einem Anstieg der Straßenverkehrsfläche um 5,2 %. Das bedeutet, die vorhandenen Straßen wurden zunehmend intensiver genutzt.

Rund 52 % der Siedlungsfläche wurde im Jahr 2004 von den privaten Haushalten – überwiegend zum Wohnen – beansprucht. Auf die Siedlungsflächen für Produktionsaktivitäten entfielen knapp 43 % und gut 5 % der Siedlungsfläche waren ungenutzt.

Die Siedlungsfläche der privaten Haushalte stieg im Zeitraum 1992 bis 2004 um 22,1 % (61 ha pro Tag). Sie nahm damit erheblich stärker zu als die Zahl der Einwohner (+ 1,9 %). Ein wesentlicher Grund ist der deutlich gestiegene Wohnflächenanspruch

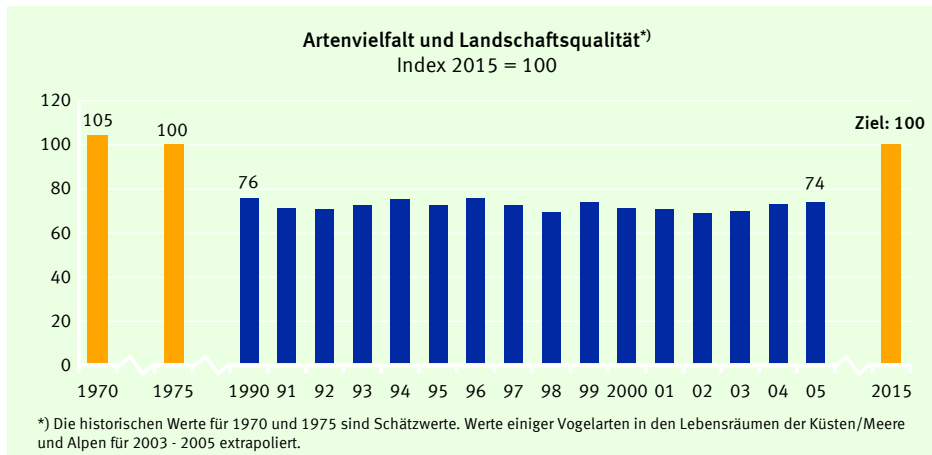
pro Kopf. Dadurch hat sich die Wohnfläche seit 1992 um 18,6 % erhöht.

Hingegen ist es gelungen, mehr Wertschöpfung auf immer weniger Siedlungsfläche zu erzeugen. Die Flächenintensität sank um 5,8 %, weil der Zuwachs der für Produktionsaktivitäten beanspruchten Siedlungsfläche niedriger war als der Anstieg der wirtschaftlichen Leistung. Diese Entkopplung zwischen gesamtwirtschaftlicher Produktion und Nutzung von Siedlungsfläche ist allerdings nicht auf eine sparsamere Flächenutzung in den einzelnen Branchen, sondern ausschließlich auf den Wandel der Wirtschaftsstruktur hin zu weniger flächenintensiven Produktionsaktivitäten zurückzuführen.

I. Generationengerechtigkeit

Artenvielfalt

Arten erhalten – Lebensräume schützen



Quelle: Bundesamt für Naturschutz.

5 Artenvielfalt und Landschaftsqualität

Eine große Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen. Natur und Landschaft in Deutschland sind durch jahrhundertelange Nutzung geprägt. Zur Erhaltung der daraus entstandenen Vielfalt reicht Naturschutz allein auf besonders geschützten Flächen nicht aus. Es sind nachhaltige Formen der Landnutzung in der Gesamtlandschaft, eine Begrenzung von Emissionen und ein schonender Umgang mit der Natur erforderlich. Auf diese Weise kann die Artenvielfalt erhalten und zugleich die Lebensqualität des Menschen gesichert werden.

Der hier dargestellte Indikator gibt Auskunft über die Artenvielfalt, die Landschaftsqualität und die Nachhaltigkeit der Landnutzung. Für die Berechnung des Indikators wird die Entwicklung der Bestände von 59 ausgewählten Vogelarten erfasst, die den Zustand der wichtigsten Landschafts- und

Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten und Meere sowie die Alpen). Ein Expertengremium hat für jede einzelne Vogelart Bestandszielwerte für das Jahr 2015 festgelegt, die erreicht werden können, wenn die gesetzlichen Vorgaben im Naturschutz und die Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Aus dem Grad der Zielerreichung aller 59 Vogelarten wird jährlich ein Wert für den Gesamtindikator berechnet. Gegenüber dem Fortschrittsbericht 2004 wurde die Datengrundlage des Indikators durch Ergänzung von Datenreihen und Integration der Alpenregion verbessert.

Der Wert für die Artenvielfalt lag im Jahr 1990 deutlich unter den Schätzwerten, die für die Jahre 1970 und 1975 angenommen werden. In den folgenden 15 Jahren hat sich der Indikatorwert dagegen kaum noch verändert. Im Jahr 2005 lag er bei 74 % des Zielwerts für 2015. Eine Zielerreichung zum vorgegebenen Zeitpunkt ist angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren ohne zusätzliche Anstrengungen nicht absehbar.

Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind die Intensivierung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, die Zerschneidung der Landschaft, die Versiegelung von Flächen sowie Stoffeinträge (z. B. Säurebildner oder Nährstoffe). Übereinstimmend mit Beobachtungen aus anderen Ländern Europas war von 1970 bis 1990 ein besonders starker Rückgang des Wertes für den Teilindikator „Agrarland“ festzustellen, bedingt durch die Intensivierung der Landwirtschaft. Die Teilindikatoren für die anderen Lebensraumtypen änderten sich in diesem Zeitraum in deutlich geringerem Maße.

Seit 1990 stagnieren die Teilindikatoren für Agrarland, Wälder und Küsten/Meere. Die Teilindikatoren für Siedlungen und Alpen zeigen seit 1990 jeweils einen leichten Abwärtstrend. Im Siedlungsbereich ist dieser negative Trend auf Verluste an naturnahen Flächen und dörflichen Strukturen durch Bautätigkeit und Flächenversiegelung zurückzuführen. In den Alpen wirkten sich ebenfalls die zunehmende Siedlungstätigkeit, die Intensivierung der

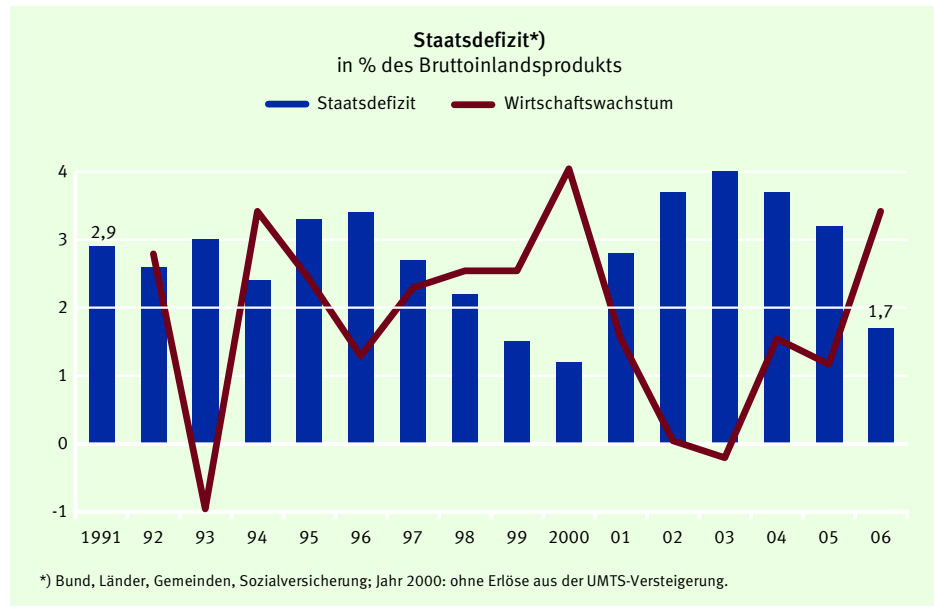
Landwirtschaft und die Aufgabe traditioneller Bewirtschaftungsformen (z. B. auf Almen) negativ aus. Dagegen zeigt der Teilindikator für Binnengewässer eine leicht positive Entwicklung, was im Zusammenhang steht mit einer vielerorts deutlichen Verbesserung der Wasserqualität.

Die Veränderung des Klimas, die wesentlich durch die Emission von Treibhausgasen verursacht wird, verschiebt bereits heute die Verbreitungsgebiete vieler Arten und beginnt – besonders aufgrund heißer und trockener Sommer – die Landschaften in Deutschland umzuformen. Der vom Menschen verursachte Klimawandel könnte zukünftig die Artenvielfalt sowie das Artenspektrum durch Einwanderung und Aussterben von Tier- und Pflanzenarten stark verändern. Es ist ebenfalls zu erwarten, dass sich Landschaft und Artenvielfalt in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel (Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzungen in Abwanderungsgebieten) oder dem zunehmenden Anbau von Energiepflanzen ändern.

I. Generationengerechtigkeit

Staatsverschuldung

Haushalt konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen



Quelle: Statistisches Bundesamt.

6 Staatsdefizit

Nachhaltig solide Staatsfinanzen dienen der Generationengerechtigkeit sowie der Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch ein tragfähiges und gerechtes Steuer- und Abgabensystem. Notwendiger Bestandteil tragfähiger Finanzpolitik ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Auf europäischer Ebene wird die Höhe der staatlichen Verschuldung u. a. durch die so genannten „Maastrichtkriterien“, deren Einhaltung die Mitgliedsländer der Eurozone vereinbart haben, begrenzt. Für das jährliche Defizit (Ausgaben abzüglich Einnahmen) des Staates sehen diese einen Referenzwert von maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor.

Im Jahr 2006 belief sich das Defizit auf knapp 40 Mrd. Euro (1,7%). Das entspricht einer Nettoneuverschuldung des Staates von rund 480 Euro je Einwohner. Damit wurde das Defizitkriterium eingehalten. Im Zeitraum 2002 bis 2005 wurde dagegen die zulässige Defizitgrenze regelmäßig überschritten. Ein wichtiger Grund für die

Entwicklung in diesem Zeitraum war eine anhaltende Konjunktur- und Wachstumschwäche, die auf der Ausgabeseite zu steigenden Belastungen u. a. aufgrund der zunehmenden Arbeitslosenzahlen und auf der Einnahmeseite zu Ausfällen bei den Steuern und Sozialabgaben führte. Nach einem Anstieg des BIP von preisbereinigt 3,2 % im Jahr 2000 lag die Wachstumsrate in den Folgejahren nur noch zwischen -0,2 und +1,2 % (siehe Indikator 10 „BIP je Einwohner“).

Im Zeitraum 2000 bis 2005 erhöhte sich das BIP in jeweiligen Preisen um 8,7 %. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stiegen um 1,9 % auf 976 Mrd. Euro. Es kam insbesondere zu einem Rückgang bei den Steuereinnahmen, die sich insgesamt um 1,2 % verminderten. Während die Produktions- und Importabgaben – das sind vor allem die Mehrwertsteuereinnahmen – sich noch um 8,3 % erhöhten, gingen die Einnahmen aus der Einkommen- und Vermögensteuer um 10,4 % zurück. Die Steuern der Kapitalgesellschaften verminderten sich sogar um 28,7 %. Bei der Entwicklung der Einkommen- und Vermögen-

steuern wirkten sich sowohl steuerrechtliche Entlastungsmaßnahmen wie auch die Konjunkturschwäche aus.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen erhöhten sich um 4,9 % und damit geringer als das BIP im entsprechenden Zeitraum. Durch die schwache Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen verminderte sich der Anteil der gesamten Einnahmen des Staates am BIP im betrachteten Zeitraum um fast drei Prozentpunkte auf 43,5 %.

Die Ausgaben des Staates stiegen von 2000 (ohne den Sondereffekt der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung im Basisjahr) bis 2005 um 6,9 % auf 1 048 Mrd. Euro und wuchsen damit etwas schwächer als das BIP. Dadurch verminderte sich der Anteil der Ausgaben des Staates am BIP in diesem Zeitraum um 0,8 Prozentpunkte auf 46,8 %.

Rund 57 % der Ausgaben des Staates entfielen 2005 auf Sozialausgaben, wie Leistungen der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsträger oder die Sozialhilfe. Diese Ausgaben-

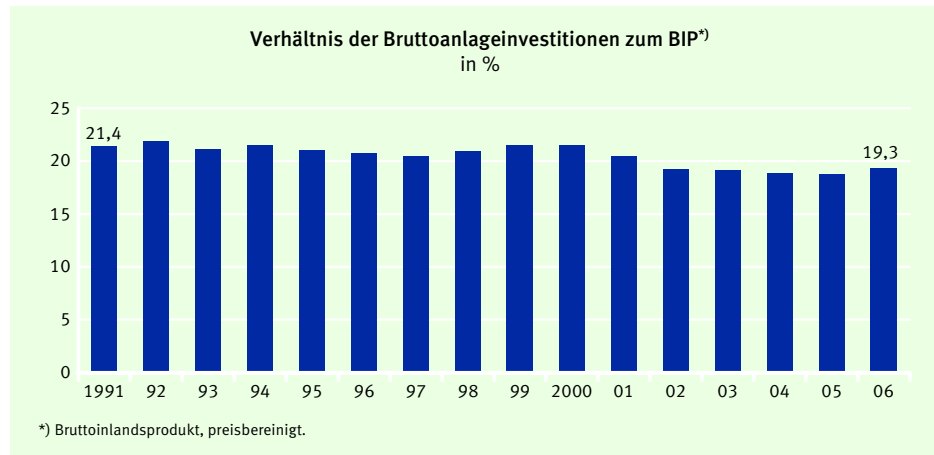
position stieg im Zeitraum 2000 bis 2005 um 12,2 %. Angesichts einer Zunahme der Arbeitslosenzahl um rund eine Million (+ 25 %) und einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Rentenbezieher wäre der Ausgabenanstieg ohne die durchgeführten Änderungen bei den Sozialleistungen, die z. B. mit den Strukturreformen der Agenda 2010, der Reform des Gesundheitssystems und der Begrenzung der Rentenanpassungssätze verbunden waren, noch erheblich höher ausgefallen.

Ein deutlicher Sparkurs ist auch bei der Entwicklung der Subventionen, die sich um 23,2 % verminderten, und bei den Personalausgaben erkennbar, die nur um 0,8 % stiegen. Die Bruttoinvestitionen gingen ebenfalls deutlich zurück (- 16,5 %).

I. Generationengerechtigkeit

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft sichern



Quelle: Statistisches Bundesamt.

7 Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP

Zu den Bruttoanlageinvestitionen zählen die Anlagearten Bauten (Wohnbauten und Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte) und sonstige Anlagen (immaterielle Anlagegüter wie Software und Urheberrechte, Grundstücksübertragungskosten, Nutztiere).

Die wirtschaftliche Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft hängen entscheidend von den Investitionen der Unternehmen und des Staates ab. Insbesondere über Investitionen in neue Ausrüstungen und immaterielle Anlagen werden neue Produkte und effizientere Produktionsverfahren realisiert und damit bestehende Märkte gesichert und neue erschlossen. Gleichzeitig können Investitionen dazu beitragen, die Energie- und Ressourceneffizienz der Volkswirtschaft zu steigern, z. B. durch Energieeinsparmaßnahmen an Gebäuden, Realisierung umwelteffizienter Produktionstechniken oder Herstellung umwelteffizienter Güter.

Auf der anderen Seite gehen insbesondere Bauinvestitionen, soweit es sich um Erweiterungsinvestitionen handelt, einher mit erheblichem Materialverbrauch und zusätzlicher Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen (siehe umweltbezogene Indikatoren, z. B. 1b „Rohstoffproduktivität“ und 4 „Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche“).

Die Investitionsquote (Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt) in Deutschland lag von 1991 bis 2000 bei rund 21 %. In den Jahren danach bewegte sich die Quote auf einem Niveau von rund 19 %. Mit 18,7 % erreichte der Indikator im Jahre 2005 seinen bisherigen Tiefststand.

Für 2006 zeichnet sich eine Trendwende ab: Die Anlageinvestitionen (preisbereinigt) sind erstmals seit 1999 wieder stärker gestiegen – mit 5,6 % gegenüber dem Vorjahr – als das BIP (+ 2,7 % zum Vorjahr). Damit setzte sich der Aufschwung in der Investitionstätigkeit fort, der sich bei den Ausrüstungen bereits 2004 abzeichnet

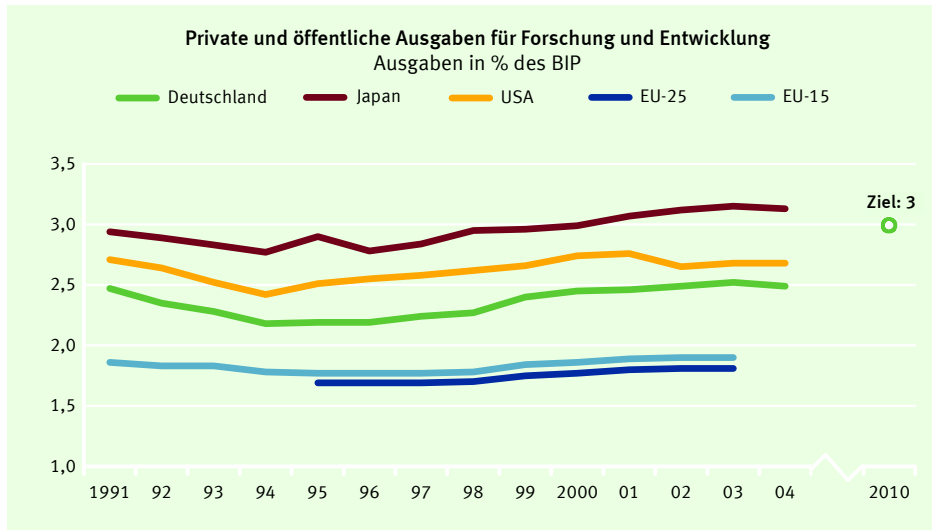
hatte. Seit 2004 sind die Ausrüstungen kräftig gestiegen: + 4,2 % in 2004, + 6,1 % in 2005 und + 7,3 % in 2006 (jeweils Änderung zum Vorjahr). Dazu hat insbesondere die dynamische Entwicklung bei den Investitionen in Datenverarbeitungsgeräte und Fahrzeuge beigetragen. Auch in Maschinen wurde seit 2004 wieder stärker investiert als in den Vorjahren. Auch die Bauinvestitionen sind 2006 erstmals seit 1999 wieder angestiegen – mit + 4,2 % zum Vorjahr. Zu diesem Anstieg haben sowohl die Investitionen in Wohnbauten, als auch in Nichtwohnbauten beigetragen. Die immateriellen Anlagen weisen seit 1991 ein stetiges – in 2006 mit + 5,9 % (zum Vorjahr) ein sehr kräftiges – Wachstum auf.

Inwieweit von dem sich abzeichnenden Anstieg der Investitionen zusätzliche Umweltbelastungen bezüglich Flächenbedarf, Materialeinsatz und Güterverkehrsaufkommen ausgehen werden, hängt davon ab, ob der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit mehr auf Erweiterung oder auf qualitativer Verbesserung liegt.

I. Generationengerechtigkeit

Innovation

Zukunft mit neuen Lösungen gestalten



Quelle: OECD, Main Science and Technology Indicators 2006/1.

8 Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sind eine wichtige, wenn auch nicht die alleinige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft. Je höher diese Ausgaben sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und nicht zuletzt die Chance, dass sich unsere Produktions- und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit weiterentwickeln.

Der hier dargestellte Indikator umfasst die Ausgaben von Wirtschaft, Staat und Hochschulen für Forschung und Entwicklung und stellt diese in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der Rat von Barcelona hat 2002 als Zielvorgabe für Europa einen Anteil der FuE-Ausgaben am BIP von drei Prozent im Jahr 2010 beschlossen. Diese Vorgabe wurde im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung auch für Deutschland als Ziel übernommen.

Im Jahr 2004 lagen die gesamten FuE-Ausgaben in Deutschland bei 55,2 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anteil am BIP von 2,5 %. Im Vergleich dazu lag diese Größe in den USA 2004 bei 2,7 % und in Japan bei 3,1 %. Sowohl die EU-15 als auch die EU-25 hatten dagegen deutlich geringere Anteile der FuE-Ausgaben am BIP (1,9 % bzw. 1,8 % im Jahr 2003). Seit Mitte der 1990er Jahre ist der Anteil in Deutschland um rund 0,3 Prozentpunkte gestiegen, wobei sich seit 2000 nur noch eine sehr geringe Erhöhung zeigte.

Der weitaus größte Teil der FuE-Ausgaben mit rund 70 % entfiel 2004 auf die interne Forschung der Wirtschaft, gut 16 % gaben die Hochschulen aus, weitere knapp 14 % staatliche Forschungseinrichtungen und private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck. Finanziert wurden die FuE-Ausgaben zu zwei Dritteln von Unternehmen, rund 30 % finanzierte die öffentliche Hand. Die übrige Finanzierung erfolgte durch das Ausland.

Hinsichtlich der Forschungszwecke spielten bei den staatlichen und privaten

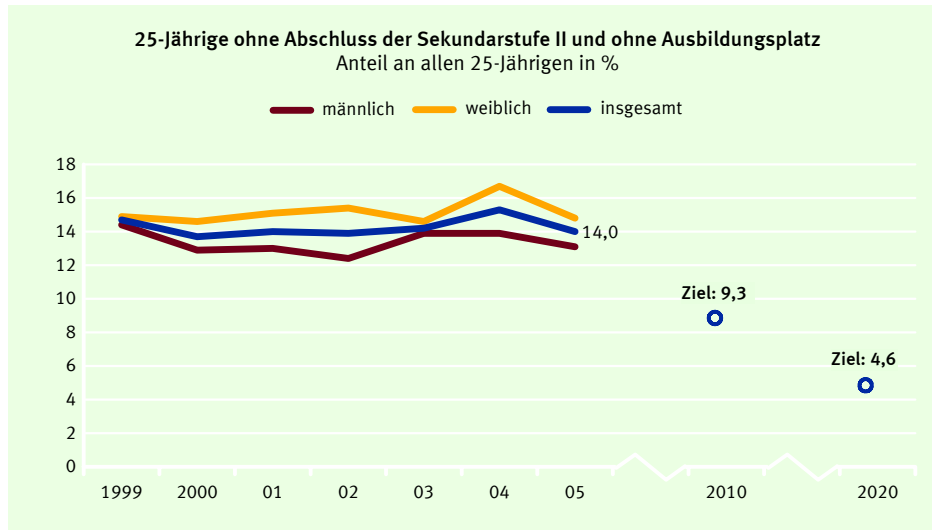
Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck die Produktivitäts- und Technologieentwicklung eine wichtige Rolle (rund 2 Mrd. Euro). Für Forschung in den Bereichen Umwelt, Gesundheitsschutz sowie für eine rationelle Energienutzung wurden insgesamt 2,4 Mrd. Euro ausgegeben. 1,7 Mrd. Euro entfielen auf so genannte nicht zielorientierte Forschung und insgesamt 1,4 Mrd. Euro auf weitere Forschungsziele wie Weltraumforschung, Verteidigung, gesellschaftliche Strukturen oder Infrastruktur.

Die FuE-Aktivitäten der Wirtschaft konzentrierten sich auf die Branchen Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemische Industrie (einschließlich pharmazeutische Industrie) und Maschinenbau – zusammen etwa 84 % der FuE-Ausgaben der Privatwirtschaft. Allein die Automobilindustrie gab 2004 rund 12,5 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung aus (Quelle: Wissenschaftsstatistik des Stifterverbandes).

I. Generationengerechtigkeit

Bildung

Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern



Quelle: Statistisches Bundesamt.

9a 25-Jährige ohne Ausbildungsabschluss

Das staatliche Bildungssystem und das duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation für junge Menschen in Deutschland. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erreichen, einen Ausbildungsplatz erhalten oder ein Studium absolvieren.

Der hier dargestellte Indikator beschreibt die Defizite der Ausbildung, indem er den (jahrgangsspezifischen) Anteil derjenigen 25-Jährigen nennt, die sich weder in der Berufsausbildung des dualen Systems befinden (die also ohne Ausbildungsplatz sind) noch einen Abschluss der Sekundarstufe II (Abitur) haben, bezogen auf die Gesamtheit der 25-Jährigen eines Jahres. Dabei sind junge Menschen mit und ohne Hauptschulabschluss (Sekundarstufe I) einbezogen. Gemeinsam mit den Ländern hat die Bundesregierung das Ziel, den Anteil bis 2010 auf einen Wert von 9,3 % zu senken und bis 2020 weiter auf 4,6 %.

Die Entwicklung seit 1999 zeigt, dass der entsprechende Prozentsatz der 25-Jährigen nur geringfügig zurückgegangen ist. Im Jahr 2005 waren 14 % aller 25-Jährigen (entsprechend 139 000 von 993 000 insgesamt) ohne Ausbildungsplatz oder entsprechenden Abschluss. Ohne verstärkte Bemühungen kann das gesetzte Ziel nicht erreicht werden.

Die geschlechtsspezifischen Quoten wichen seit 1999 unterschiedlich stark vom Gesamtwert ab. Zuletzt lag die Quote der Frauen mit 14,8 % höher als die der Männer mit 13,1 %.

Lässt man die Beschränkung auf den Altersjahrgang der 25-Jährigen außer Acht, weist die Schulstatistik für Deutschland aus, dass die Zahl der Schulabgänger (ohne berufsbildende Schulen) zwischen 1992 und 2005 um 23 % (auf 958 000) gestiegen ist. 2005 verließen davon 78 000 oder 8 % die Schulen ohne einen Hauptschulabschluss. Ihr Anteil hat sich im Vergleich zu 1992 nicht verringert. Frauen sind in dieser Gruppe geringer vertreten, ihr Anteil ging außerdem leicht auf 6 % zurück, während

der Anteil der Männer ohne Abschluss leicht anstieg (auf 10,2 %). Ausländer verlassen die Hauptschule wesentlich häufiger ohne Abschluss als deutsche Schüler (siehe Indikator 19 „Ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss“).

Im Jahr 2005 erreichten knapp 25 % aller Schulabgänger einen Hauptschulabschluss, 42 % einen Realschulabschluss, 1,3 % die Fachhochschulreife und 24 % die allgemeine Hochschulreife. Während der Anteil der Hauptschulabsolventen seit 1992 um 2,2 Prozentpunkte zurückging, stiegen die Anteile der anderen Abschlüsse leicht an.

Der Schulerfolg junger Menschen wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst: Eine Rolle spielt die familiäre Herkunft für die schulische und damit gleichzeitig die spätere berufliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Status. Darüber hinaus wirkt sich ein rückläufiges Angebot an Lehrstellen negativ aus. Im Jahr 2005 (Stand: September) wurden 4 % weniger Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen (insgesamt 550 180 neue

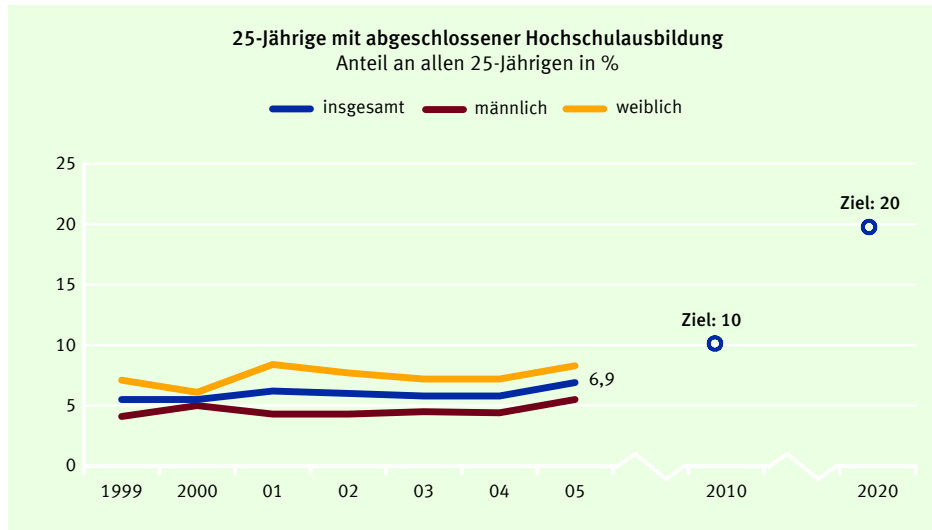
Ausbildungsverträge), womit sich die überwiegend ungünstige Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt hat (1999 waren es noch 631 000 neue Verträge). Nach Ergebnissen des Berufsbildungsberichts 2006 konnte das Angebot rein rechnerisch nur 95 % der Nachfrage abdecken. Insgesamt rund 41 000 Bewerber konnten nicht vermittelt werden. Hier spielen – neben festen Berufsvorstellungen – oft auch mangelnde Qualifikationen der Bewerber eine wichtige Rolle.

Im Zusammenhang mit der aktuellen demographischen Entwicklung, also einer abnehmenden Zahl von Geburten und einer Abnahme der verfügbaren Arbeitskräfte in der Zukunft, ist es besonders wichtig, dass die Bemühungen zur Verbesserung der Bildungschancen sich auf breite Bevölkerungsschichten erstrecken, damit die vorhandenen Bildungspotentiale ausgeschöpft werden.

I. Generationengerechtigkeit

Bildung

Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern



Quelle: Statistisches Bundesamt.

9b 25-Jährige mit Hochschulausbildung

In höher entwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland, in denen der Dienstleistungssektor gegenüber der Produktion immer stärker in den Vordergrund rückt, ist es erforderlich, möglichst hoch qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu haben. Als weiterer Indikator für die Ausbildungssituation dient daher der altersspezifische Anteil der jungen Menschen, die mit 25 Jahren eine Hochschulausbildung abgeschlossen haben, bezogen auf alle 25-Jährigen. Es besteht das Ziel, diesen Anteil bis zum Jahr 2010 auf 10 % und bis 2020 auf 20 % zu steigern.

Zwischen 1999 und 2005 stieg der Wert von 5,4 % auf 6,9 %. Im Vergleich der Geschlechter war im Jahr 2005 der Anteil der 25-jährigen Frauen (8,3 %) mit abgeschlossener Hochschulausbildung höher als der der 25-jährigen Männer (5,5 %), was u. a. mit Wehr- und Ersatzdienstzeiten in Zusammenhang steht. Der Trend des Indikators verläuft positiv. Seine Entwicklungsgeschwindigkeit ist aber nicht ausreichend, um das Ziel zu erreichen.

Der Aussagewert des Indikators für die Verhältnisse in Deutschland ist derzeit insofern eingeschränkt, als das Durchschnittsalter deutscher Erstabsolventen bei 28 Jahren liegt (Prüfungsjahrgang 2005) und damit höher ist als in anderen Ländern. Insofern sind die relativ niedrigen Werte eher durch Faktoren wie Alter der Einschulung, Dauer der Schulzeit und Studiendauer bestimmt als durch den letztlich erreichten Grad einer qualifizierten Hochschulausbildung. Das Durchschnittsalter der Erstabsolventen hat sich seit Mitte der 1990er Jahre nur geringfügig verändert. Frauen sind bei Studienabschluss im Schnitt ein Jahr jünger als Männer, was wiederum mit Wehr- und Zivildienstzeiten zusammenhängt. Absolventen mit Fachhochschuldiplom liegen mit 27,8 Jahren leicht unter dem Schnitt von 28 Jahren. Bezogen auf das Studienfach gehören Juristen zur Gruppe der jüngsten, Mediziner und Pädagogen zur Gruppe der ältesten Absolventen.

Sieht man vom Altersjahrgang der 25-Jährigen ab, stieg die Gesamtzahl aller Studienabschlüsse im Jahr 2005 auf 252 000 und erreichte damit einen neuen

Höchststand. Der kontinuierliche Anstieg ist vor allem auf die wachsende Zahl von Absolventinnen eines Erststudiums in den vergangenen zehn Jahren zurückzuführen, während bei den Männern ein Rückgang von 9% zu beobachten war. Diese Entwicklung beruht vor allem auf dem Rückgang der Ersteinschreibungen von Männern zwischen Mitte und Ende der 1990er Jahre, der sich auf die Absolventenjahrgänge ab 2000 auswirkt.

Studiendauer und Durchschnittsalter von Absolventen sind zentrale Themen in der hochschulpolitischen Diskussion, da der finanzielle Aufwand für ein Hochschulstudium mit der Studiendauer ansteigt und beide Faktoren außerdem wichtige Kriterien für einen erfolgreichen Berufseinstieg sind. Dass im Sinne der EU-Beschlüsse von Bologna verstärkt Bachelor- und Masterstudiengänge an den Hochschulen angeboten werden, könnte sich positiv auf den Anteil der Hochschulabsolventen unter den 25-Jährigen auswirken. Bachelor- und Masterstudiengänge führen früher zu einem Hochschulabschluss und sollen international zu mehr Vergleichbarkeit führen als die

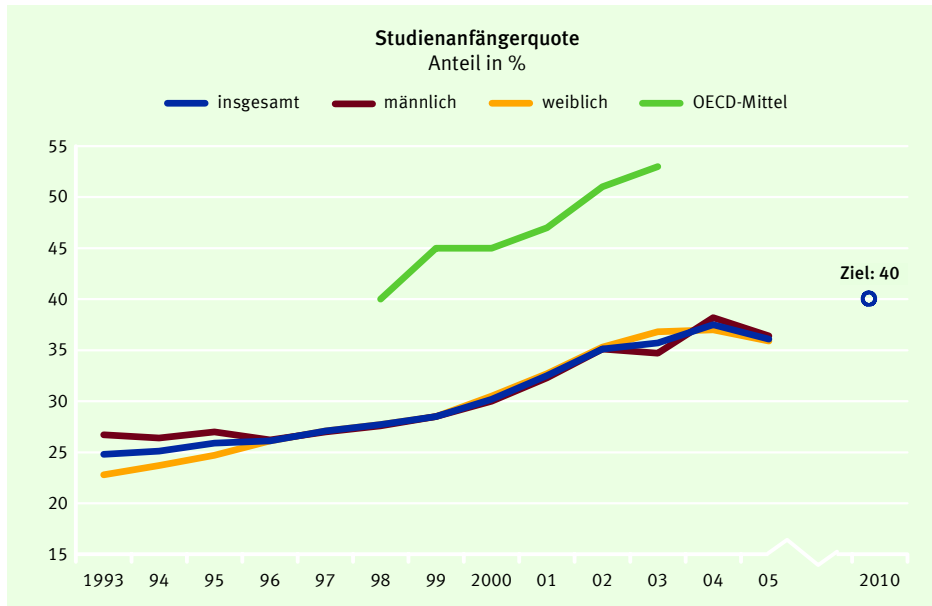
bisherigen Diplom- und Magisterstudiengänge. In 2005, wenige Jahre nach Einführung des zweistufigen Studiensystems, entfielen 24% der Ersteinschreibungen auf Bachelorstudiengänge. Die traditionellen Diplom- und Magisterstudiengänge (40%) wurden im Vergleich dazu noch bevorzugt. Auf das Fachhochschuldiplom entfielen 21% der Neueinschreibungen. Masterstudiengänge mit einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Anteil von 2% wurden vor allem von ausländischen Studenten aufgenommen, die sich erstmals an einer deutschen Hochschule einschrieben, aber oft schon einen Abschluss im Ausland besaßen.

Für einen Erstabschluss an Universitäten (z. B. Diplom oder Magister) benötigten die Studenten des Prüfungsjahrgangs 2005 im Mittel 11,1 Semester, für ein Fachhochschuldiplom dagegen nur 8,4 Fachsemester und für einen Bachelorabschluss 6,1 Fachsemester.

I. Generationengerechtigkeit

Bildung

Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern



Quelle: Statistisches Bundesamt (Berechnung nach internationalem OECD-Standard).

9c Studienanfängerquote

Eine Bildungspolitik, die möglichst vielen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht, eröffnet die Chance, dass eine Gesellschaft künftigen Herausforderungen besser gewachsen ist. Der Indikator zur Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil eines Bevölkerungsjahrgangs ist, der ein Hochschulstudium aufnimmt. Der Indikator ist speziell für den internationalen Vergleich konzipiert. Ziel der Bundesregierung ist es, diese Quote in Deutschland bis zum Jahr 2010 auf 40 % zu erhöhen.

Der Indikator wies 2004 einen Wert von 37,5 % aus und ging 2005 auf einen Wert von 36 % zurück. Für den Gesamtzeitraum ist die Tendenz des Indikators ansteigend. Bei einer Beibehaltung der durchschnittlichen jährlichen Veränderung ist das Ziel erreichbar.

Die Studienanfängerquoten in anderen Ländern liegen in der Regel weit höher als in Deutschland. Sie betragen im Jahr 2004 beispielsweise in Schweden 79 %, in

Finnland 73 % und im Mittel aller OECD-Länder 53 %. Wegen der Unterschiede in Aufbau und Umfang der Bildungsgänge sind die Werte mit Deutschland aber nur bedingt vergleichbar, da beispielsweise die Berufsausbildung in Deutschland im dualen System, in anderen OECD-Staaten aber zum Teil an den Hochschulen erfolgt.

Drückt man die Entwicklung in absoluten Zahlen aus, so nahmen die Studienanfänger (Deutsche und Ausländer) von 252 000 im Jahr 1995 auf 363 000 in 2004 zu, ihre Zahl stieg also um 44 %. In diesem Zeitraum war der Anstieg bei den Frauen (52 %) größer als bei den Männern (37 %). Der Anteil der Frauen an den Studienanfängern stieg von 46 % auf 49 % im Studienjahr 2004/2005.

Bemerkenswert ist der hohe Frauenanteil in den Studiengängen Humanmedizin (66 % in 2004, einschließlich pflegewissenschaftliche Studiengänge) und in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (51 %). In Mathematik und Naturwissenschaften erreichte der Frauenanteil 40 %, in den Ingenieurwissenschaften nur 21 %.

Im Jahr 2004 begannen mit 36 % gut ein Drittel der Abiturienten in Deutschland direkt im Anschluss an die Schulzeit mit einem Studium. Andere absolvierten zunächst eine Berufsausbildung oder leisteten Wehr- oder Zivildienst. Im Jahr 2004 betrug die „Übergangsquote“ des Jahrgangs 2000 vom Abitur zum Studium schließlich knapp drei Viertel oder 73 % der Abiturienten. Dabei ist die Studierneigung bei Studienberechtigten mit Fachhochschulreife weniger stark ausgeprägt.

Der vergleichsweise hohe Anteil ausländischer Studenten in Deutschland ist ein Zeichen für die internationale Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen. Im Jahr 2004 kamen 19 % (70 300) der Studienanfänger aus dem Ausland. Nach Australien, Großbritannien, der Schweiz und Österreich stand Deutschland damit an fünfter Stelle, bezogen auf die Quote ausländischer Studienanfänger.

Die Attraktivität und Qualität eines Studiums hängt u. a. von der Finanzausstattung der Hochschulen ab. Auf jeden Studierenden entfielen im Jahr 2003

Ausgaben in Höhe von 7 100 Euro (bzw. 11 800 Euro einschließlich Forschung und Entwicklung). Der Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung im Hochschulbereich (einschließlich Forschungsausgaben) lag bei 1,2 % des Bruttoinlandsprodukts und damit knapp unter dem Durchschnitt aller OECD-Staaten von 1,3 %.

Wegen der Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Schuljahre und einer Reihen geburtenstarker Jahrgänge (siehe Angaben zu Geburten in Indikator 17 „Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder“), die die Schulzeit abschließen, wird bis zum Jahr 2010 mit einem deutlichen Anstieg der Studierendenzahlen gerechnet.

II. Lebensqualität

Wirtschaftlicher Wohlstand

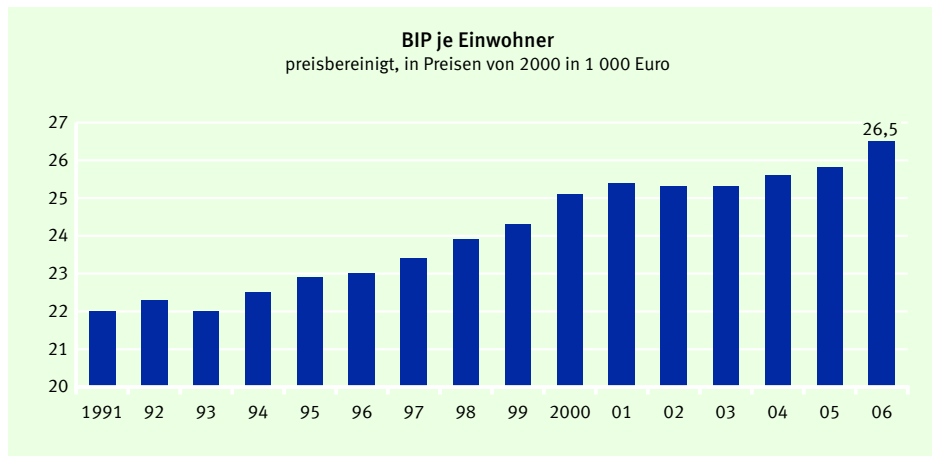
Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern

10 BIP je Einwohner

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist Ausdruck der gesamten im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Es wird als wichtiger Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft angesehen. Zwischen der Entwicklung des BIP und den anderen Themenfeldern der nationalen

Nachhaltigkeitsstrategie gibt es vielfältige Beziehungen. So spielen soziale Faktoren wie die Bevölkerungsstruktur, das Arbeitskräfteangebot, das Bildungssystem, das System der Kinderbetreuung sowie der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft eine wichtige Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Eine steigende Wirtschaftsleistung ist unter Wohlfahrtsgesichtspunkten erstrebenswert. Ausreichendes Wirtschaftswachstum würde darüber hinaus Arbeitsplätze sichern und den Umbau der Sozialsysteme erleichtern, der aufgrund der „alternden Gesellschaft“ und der anzustrebenden Generationengerechtigkeit ansteht. Auf der anderen Seite wirkt ein steigendes BIP tendenziell umweltbelastend. Aufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, solche Zielkonflikte durch geeignete Maßnahmen auszubalancieren.

Seit 1991 erhöhte sich das BIP je Einwohner um insgesamt 20,3 %. Nach dem Konjunkturunbruch im Jahre 1993 folgte bis zum Jahr 2000 ein Aufschwung mit Wachstumsraten von durchschnittlich fast 2 %. Im Zeitraum 2001 – 2005 schwächte sich das Wachstum deutlich ab. 2006 stieg



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

das BIP je Einwohner um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr kräftig.

Das wirtschaftliche Wachstum verlief in Deutschland nach Branchen sehr unterschiedlich. Das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) – die Industrie – wies zwischen 1991 und 2005 lediglich ein reales Wachstum von knapp 10 % auf, die Dienstleistungsbereiche zusammen zeigten dagegen einen Anstieg um gut 35 %. Während die Industrie 1991 noch einen Anteil von 30,6 % an der gesamten Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) erwirtschaftete, ging dieser bis 2003 auf weniger als 25 % zurück. Im Jahr 2005 stieg der Anteil des Bereichs wegen des relativ hohen Wachstums von 4,4 % gegenüber dem Vorjahr allerdings wieder auf etwas über 25 % an. Ein weit überdurchschnittliches Wachstum bei den Dienstleistungen erzielten im Zeitraum 1991–2005 das Gesundheits- und Sozialwesen (+ 75 %), der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung (+ 61 %) sowie das Grundstückswesen, die Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (+ 56 %).

Der wirtschaftliche Umbruch – mit einem relativ anwachsenden Dienstleistungsbe-

reich und einer abnehmenden Bedeutung der Industrie, des Bergbaus und des Baugewerbes – trug zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen bei. Dieser Strukturwandel kompensierte insbesondere beim Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Siedlungsfläche sowie bei den CO₂-Emissionen den negativen Effekt des allgemeinen Wirtschaftswachstums entweder vollständig oder zu einem Großteil. Zu einer weiteren Entlastung der Umwelt trug insbesondere die effizientere Nutzung von Energie in den einzelnen Branchen – der Intensitätseffekt – bei (siehe die umweltbezogenen Indikatoren, z. B. 1a, 1b, 2 und 4).

Die wirtschaftliche Leistung entwickelte sich regional sehr unterschiedlich. Die neuen Bundesländer (ohne Berlin) konnten die Wirtschaftsleistung je Einwohner zwischen 1991 und 2005 fast verdoppeln (+ 89 %). Das BIP wies einen Anstieg von knapp 73 % auf, bei einer um 8,5 % gesunkenen Einwohnerzahl. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) stieg dagegen die Wirtschaftsleistung je Einwohner im gesamten Zeitraum lediglich um 11 %, bei

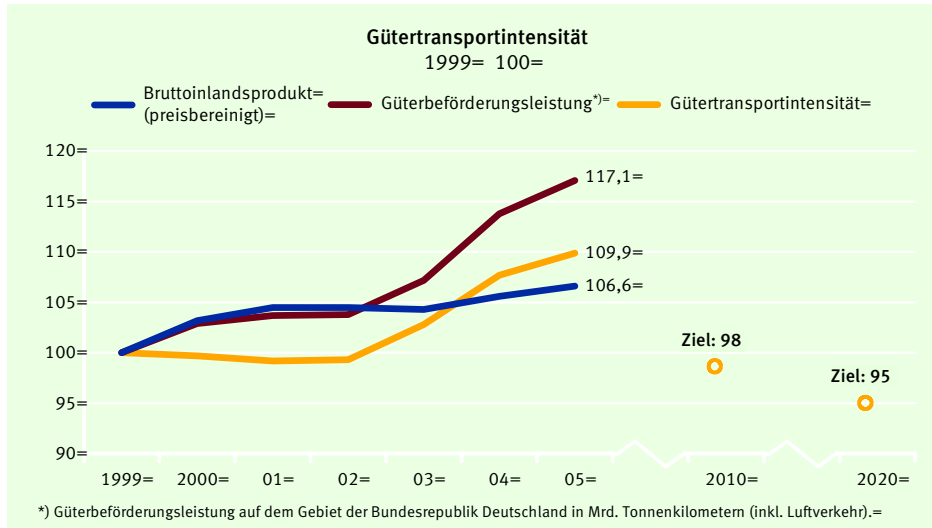
einem Anstieg des BIP um 18 % und der Einwohnerzahl um 6,1 %.

Das höhere Wachstum in den neuen Ländern reichte jedoch nicht aus, um den wirtschaftlichen Umbruch ohne Verluste an Arbeitsplätzen zu bewältigen. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich in den neuen Ländern zwischen 1991 und 2005 insgesamt um knapp 18 % bzw. 1,2 Mill. Personen, während sie sich in den alten Ländern leicht (um 0,4 %) erhöhte. Die nicht ausreichende Wachstumsdynamik in den neuen Ländern und der Rückgang der Erwerbstätigkeit haben dort zu gravierenden sozialen Problemen, wie Arbeitslosigkeit und Wanderungen von Ost nach West, geführt. In den neuen Ländern hat dies zu einer hohen Armutsgefährdung geführt. Die Studie LEBEN IN EUROPA (Statistisches Bundesamt, Dezember 2006) ermittelte, dass in den neuen Ländern 2004 rund 17 % der Bevölkerung armutsgefährdet waren und mit weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens lebten. Im früheren Bundesgebiet waren es 12 % der Bevölkerung.

II. Lebensqualität

Mobilität

Mobilität sichern – Umwelt schonen



Quelle: Der Bundesminister für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen, Ausgabe 2006/2007.

11a Gütertransportintensität

Die Bundesregierung beobachtet die Nachhaltigkeit der Güterverkehrsentwicklung anhand des Indikators Gütertransportintensität. Die Intensität wird gemessen als Güterbeförderungsleistung im Inland in Tonnenkilometern in Relation zum – preisbereinigten – Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ziel der Bundesregierung ist es, die Intensität gegenüber dem Basiswert des Jahres 1999 bis zum Jahr 2010 um 2 % und bis zum Jahr 2020 um weitere drei Prozentpunkte zu vermindern.

Im Zeitraum 1999 – 2005 stieg die Gütertransportintensität um 9,9 %. Der Indikator entwickelte sich damit umgekehrt zur angestrebten Richtung. Der deutliche Anstieg der Intensität ergibt sich aus einer relativ starken Erhöhung der Güterbeförderungsleistung (Tonnenkilometer) um 17,1 % und einem Anstieg der wirtschaftlichen Leistung von – preisbereinigt – 6,6 %.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis von zum Teil gegenläufigen Einflussfaktoren. Belastend auf die Transportintensität wirkte

sich die Intensivierung der sachlichen Arbeitsteilung aus. Diese erfasst die Fertigungstiefe der Unternehmen. Eine abnehmende Fertigungstiefe ist in der Regel mit erhöhten Transporten für Zulieferungen verbunden. Das Ausmaß der sachlichen Arbeitsteilung lässt sich näherungsweise anhand der Relation des gesamten Güteraufkommens (im Inland produzierte sowie importierte Waren und Dienstleistungen) zum BIP messen. Ein Anstieg dieser Größe zeigt, dass die Unternehmen in zunehmendem Maße Vorprodukte von anderen Unternehmen aus dem In- und Ausland beziehen. Dieser Faktor trug rechnerisch mit sieben Prozentpunkten zum Anstieg der Transportintensität bei.

Einen entlastenden Einfluss von sieben Prozentpunkten auf die Entwicklung der Transportintensität hatte dagegen die Veränderung der Zusammensetzung des Güteraufkommens durch einen Wandel der Nachfragestruktur hin zu weniger materialintensiven Gütern (z. B. steigender Anteil von Dienstleistungen, deutlicher Rückgang der Bautätigkeit). Darüber hinaus stiegen die Entfernungen zwischen dem Ort der

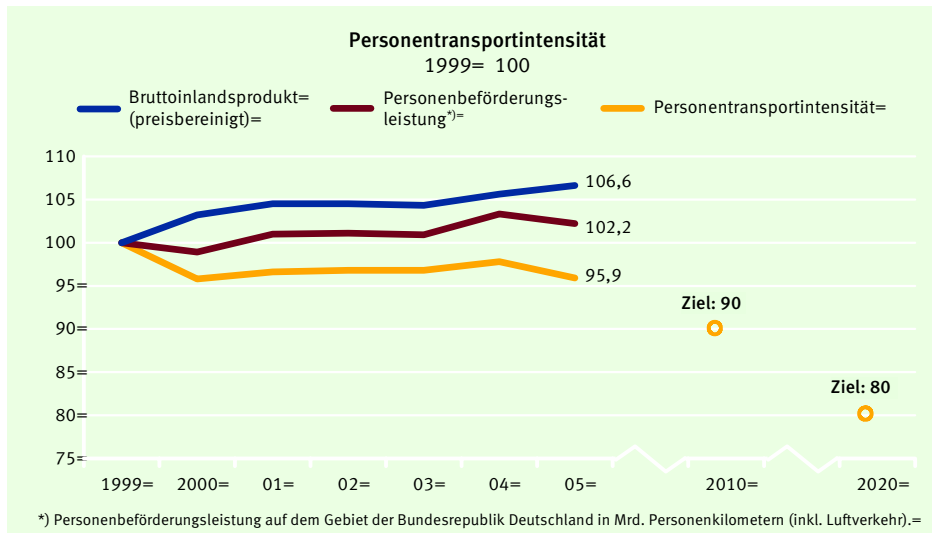
Produktion und dem Ort der Verwendung der Güter im Durchschnitt. Diese zunehmende räumliche Differenzierung von Produktions- und Konsumaktivitäten hatte einen erhöhenden Effekt von neun Prozentpunkten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Indikator zur Güterbeförderungsleistung sich nur auf die Transporte im Inland bezieht. Deshalb spiegelt er die Einflüsse der zunehmenden Außenhandelsverflechtung der deutschen Wirtschaft (Globalisierung) nur unzureichend wider. So belief sich die gesamte Gütertransportleistung im Inland im Jahre 2005 auf insgesamt 581 Mrd. Tonnenkilometer. Im Vergleich dazu war allein die Güterbeförderungsleistung des über die deutschen Häfen abgewickelten Seeverkehrs mit 1 612 Mrd. Tonnenkilometern fast drei Mal so hoch wie die gesamte inländische Transportleistung. Als Folge der Globalisierung erhöhte sich zudem die Güterbeförderungsleistung der Seeschifffahrt zwischen 1999 und 2005 mit einem Anstieg von 45 % wesentlich stärker als die Beförderungsleistung im Inland.

II. Lebensqualität

Mobilität

Mobilität sichern – Umwelt schonen



Quelle: Der Bundesminister für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen, Ausgabe 2006/2007.

11b Personentransportintensität

Die Verfügbarkeit ausreichender, flexibler und kostengünstiger Personentransportmöglichkeiten ist sowohl unter Wohlfahrts Gesichtspunkten (insbesondere persönliche Mobilität) als auch für das Funktionieren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaft von Bedeutung. Personenverkehrsaktivitäten können aber auch zu erheblichen Umweltbelastungen führen, vor allem durch den Verbrauch fossiler Energieträger, durch Luftemissionen, durch die Inanspruchnahme von Flächen und durch Lärmbelastigungen. Die Bundesregierung verfolgt deshalb das Ziel, das Wirtschaftswachstum, die Zunahme von Personentransportleistungen und die Entwicklung verkehrsbedingter Umweltbelastungen zu entkoppeln.

Sie beobachtet die Nachhaltigkeit der Personenverkehrsentwicklung anhand des Indikators Personenverkehrsentwicklungen. Die Intensität wird gemessen als Personenbeförderungsleistung in Personenkilometern

metern in Relation zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ziel der Bundesregierung ist es, diese Intensität, gemessen am Basiswert 1999, bis zum Jahr 2010 um 10 % und bis zum Jahr 2020 um weitere zehn Prozentpunkte zu verringern. Im Zeitraum 1999 – 2005 verminderte sich die Intensität um 4,1 %. Besonders deutlich ging die Intensität in 2005 (– 1,9 Prozentpunkte) zurück. Gemessen an der Zielvorgabe entwickelte sich der Indikator damit in die angestrebte Richtung. Die Personenbeförderungsleistung wuchs im betrachteten Zeitraum mit 2,2 % noch leicht, das BIP nahm um 6,6 % zu. Die relativ günstige Entwicklung des Indikators dürfte maßgeblich durch den deutlichen Anstieg der Kraftstoffpreise (Vergaserkraftstoff + 43 %, Diesel + 67 %) verursacht worden sein.

Die Beförderungsleistung des motorisierten Individualverkehrs, der einen Anteil von 80,5 % an der gesamten Personenbeförderungsleistung hat, erhöhte sich seit 1999 mit 0,4 % nur schwach. Dagegen nahm die Personenbeförderungsleistung der Eisen-

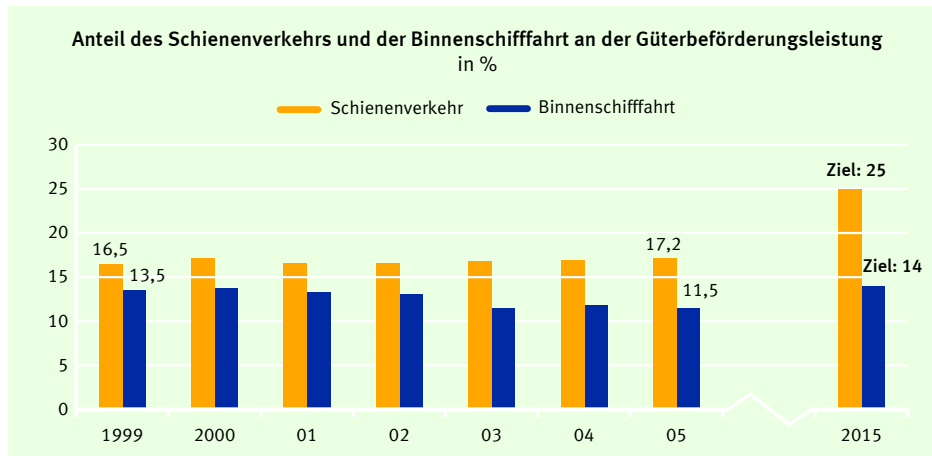
bahnen und des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs um zusammen 5,1 % zu. Die Leistung des Inlandsluftverkehrs erhöhte sich um 6,5 %.

Der motorisierte Individualverkehr dient verschiedenen Zwecken. Der Freizeitverkehr hatte im Jahr 2004 mit 35,0 % mit Abstand den größten Anteil an den Fahrleistungen. Der Anteil des Berufsverkehrs belief sich auf 19,4 %, es folgten der Einkaufsverkehr (18,7 %) und der Geschäftsverkehr mit 12,9 %.

Vor allem aufgrund technischer Verbesserungen und des steigenden Anteils von Dieselfahrzeugen verminderte sich der Kraftstoffverbrauch je km beim motorisierten Individualverkehr um 8,2 %.

Mobilität

Mobilität sichern – Umwelt schonen



Quelle: Der Bundesminister für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen, Ausgabe 2006/2007.

11c Anteil des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt

Der Transport von Gütern mit der Bahn oder mit Binnenschiffen ist mit deutlich weniger Umweltbelastungen je Tonnenkilometer verbunden als der Lufttransport oder der Transport auf der Straße. Die Bundesregierung strebt deshalb an, den Anteil der Verkehrsträger Bahn und Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung im Inland deutlich zu erhöhen. Der Anteil der Bahn soll von 16,5 % im Jahre 1999 auf 25 % bis zum Jahr 2015 zunehmen und der Anteil der Binnenschifffahrt soll in diesem Zeitraum von 13,5 % auf 14 % steigen.

Die Entwicklung dieser beiden Indikatoren im Zeitraum 1999 bis 2005 zeigt, dass sich der Marktanteil der Bahn etwas verbesserte, aber noch nicht signifikant erhöhte. Der Anteil der Binnenschifffahrt verminderte sich sogar deutlich um zwei Prozentpunkte.

Gemessen an der Transportleistung der inländischen Unternehmen konnte der Schienenverkehr seinen Marktanteil bei

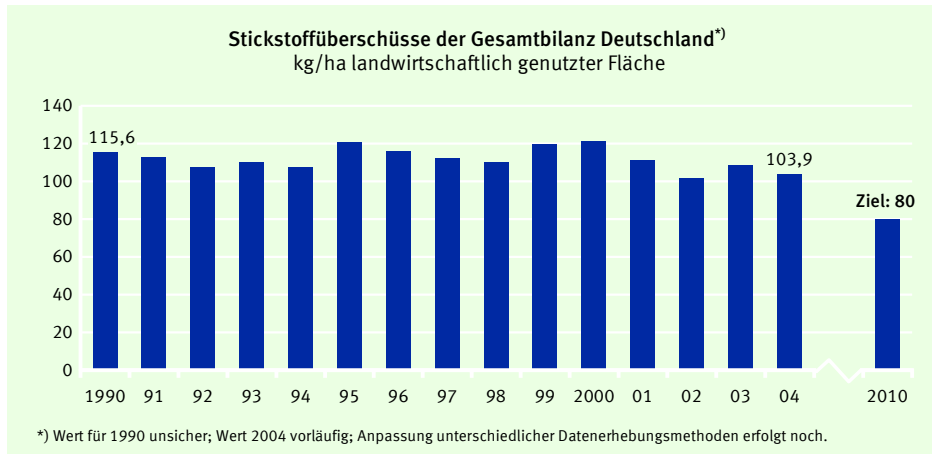
den meisten Güterarten erhöhen. Angaben über die Güterbeförderungsleistung der ausländischen Transporteure nach Güterarten sind nicht verfügbar. Besonders deutlich stiegen die Anteile der Bahn bei Erdöl (+ 85 %), Erzen (+ 20 %), Steinen (+ 35 %) und um 15 % bei sonstigen Waren, wie Fahrzeugen, Maschinen und sonstigen Halb- und Fertigwaren. Der Anteil der ausländischen Transporteure an der Güterbeförderungsleistung wuchs im betrachteten Zeitraum von 18,6 % auf 22,8 %, d. h. die genannten Marktanteilsgewinne der Bahn dürften, gemessen an der gesamten jeweiligen Transportleistung, entsprechend geringer ausgefallen sein.

Im Vergleich zur Bahn musste die Binnenschifffahrt, ebenfalls bezogen auf die Transportleistung der inländischen Unternehmen, im betrachteten Zeitraum 1999 bis 2005 insbesondere bei solchen Güterarten, bei denen sie traditionell einen relativ hohen Anteil hat, Marktanteilsverluste hinnehmen, z. B. bei festen Brennstoffen (– 4 %), Erdöl (– 14 %), Erzen (– 6 %) und Düngemitteln (– 13 %). Hinzu kam ein negativer Struktureffekt, da sich der Anteil

von Güterarten mit einem hohen Anteil der Binnenschifffahrt an der gesamten Güterbeförderungsleistung verminderte. Die Güterbeförderungsleistung der Binnenschifffahrt erhöhte sich von 1999 bis 2005 um 1,4 Mrd. Tonnenkilometer. Eine rechnerische Zerlegung dieser Entwicklung in die Einflussfaktoren „Güterbeförderungsleistung der inländischen Transporteure“, „Struktur der Güterbeförderungsleistung nach Güterarten“ und „Marktanteil der Binnenschifffahrt bei den einzelnen Gütern“ führt zu folgendem Ergebnis: Der Anstieg der Güterbeförderungsleistung insgesamt erhöhte das Transportvolumen der Binnenschifffahrt rechnerisch um 7,1 Mrd. Tonnenkilometer. Dem standen aber negative Effekte aufgrund der Veränderung der Zusammensetzung der transportierten Güter zuungunsten der Binnenschifffahrt von – 3,1 Mrd. Tonnenkilometern und der Marktanteilsverluste bei den einzelnen Güterarten von – 2,7 Mrd. Tonnenkilometern gegenüber.

Ernährung

Gesunde Nahrungsmittel umweltverträglich produzieren



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Umweltbundesamt/Universität Gießen (Institut für Ressourcenmanagement).

12a Stickstoffüberschuss

Stoffeinträge aus der landwirtschaftlichen Produktion dürfen die Umwelt nicht belasten. Dies gilt auch für Stickstoff, der – neben Phosphor, Kalk und Kalium – in der Landwirtschaft als Pflanzennährstoff eingesetzt wird. Im Übermaß vorhandener Stickstoff führt oft zu weitreichenden Umweltproblemen wie der Verunreinigung des Grundwassers, der Überdüngung von Gewässern, der Entstehung von Treibhausgasen (Stickoxide) und Versauerungsgasen (Ammoniak, das überwiegend aus der Landwirtschaft stammt) ebenso wie zur Verringerung der Artenvielfalt in nährstoff-armen Biotopen.

Der hier dargestellte Indikator bilanziert die Stickstoffzufuhr (aus Mineraldüngung, Klärschlamm, Kompost, Futter und aus der Luft) und -abfuhr (über pflanzliche und tierische Erzeugnisse für den Markt) im Sektor Landwirtschaft. Dabei werden nach dem Prinzip der „Hofter-Bilanz“ Zu- und Abfuhr saldiert. Der Überschuss, angegeben in kg/ha und Jahr, wird als Maß für die Umweltbelastung herangezogen. Es besteht

das Ziel, die Überschüsse bis zum Jahr 2010 auf 80 kg pro ha und Jahr zu reduzieren.

Seit 1991 gingen die Überschüsse um insgesamt 8 % zurück. Das gesteckte Ziel lässt sich bis 2010 aber nur erreichen, wenn ab 2004 ein jährlicher Rückgang der Überschüsse von durchschnittlich 4 % erfolgt. Künftig ist durch die neue, im Jahr 2006 in Kraft getretene Düngeverordnung, die Anforderungen an den Düngemittelaufsatz in der Landwirtschaft festlegt, eine stärkere Begrenzung der Stickstoffüberschüsse zu erwarten.

Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes stammten im Jahr 2004 66 % der Stickstoffzufuhr in den deutschen Agrarsektor aus Mineraldünger und 21 % aus Tierfutter; 6 % wurden über den Luftpfad eingetragen (Deposition, z. B. aus Verkehrsabgasen); der Rest ist der biologischen Stickstoff-Fixierung von Leguminosen (z. B. Klee oder Erbsen) anzurechnen, die in der Lage sind, Luftstickstoff in erheblichem Maße zu binden. Zwischen 1991 und 2004 stieg die jährliche Stickstoffzufuhr etwas an

(7 kg/ha Rückgang bei Futter, aber 13 kg/ha Zunahme bei Dünger), während die Abfuhr über Ernteprodukte um 10 kg/ha (20 %) wuchs. Dies ist vor allem auf Ertragssteigerungen in der Pflanzenproduktion und eine höhere Futtermittelverwertung bei sinkenden Tierzahlen zurückzuführen. Daraus lässt sich folgern, dass mit Stickstoff effizienter umgegangen wurde.

Die Gesamtbilanz bietet keine Anhaltspunkte, wo und warum die ausgewiesenen Stickstoffüberschüsse auftreten. Ein wichtiger weiterer Schritt ist deshalb die Analyse von Betriebssystemen, um die räumliche und betriebliche Verteilung der Stickstoffüberschüsse sichtbar zu machen und Potentiale für künftige Verbesserungen abschätzen zu können. Analysen auf Basis von Betriebsdaten zeigen, dass hohe Überschüsse vor allem in Betrieben mit hohem Viehbesatz anfallen, aber auch in anderen Betrieben mit schlechtem Düngemanagement. Gleichwohl zeigt sich, dass selbst in Vieh haltenden Betrieben mit vergleichbarer Produktionsstruktur eine sehr hohe Bandbreite von Stickstoffüberschüssen auftritt. Offenbar bestehen noch

weitere Minderungspotentiale durch eine Optimierung des betrieblichen Nährstoffmanagements, ohne damit die landwirtschaftliche Produktion einzuschränken.

II. Lebensqualität

Ernährung

Gesunde Nahrungsmittel umweltverträglich produzieren



Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nach Daten zur Verordnung (EWG) Nr. 2092/91).

12b Ökologischer Landbau

Ökologischer Landbau ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Er erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße und hat vielfältige positive Auswirkungen auf Natur und Umwelt. Zu den Anbauregeln gehört u. a. der Verzicht auf leichtlösliche mineralische Düngemittel und synthetische Pflanzenschutzmittel sowie auf gentechnisch veränderte Organismen. Geringere Produktionsmengen können in gewissem Maße durch höhere Preise aufgefangen werden. Die Nachfrage nach Ökolandbauprodukten ist in letzter Zeit stark gestiegen, vor allem durch Verbraucher, die ein hohes Natur- und Gesundheitsbewusstsein haben.

Der hier dargestellte Indikator nennt die Anbaufläche ökologisch wirtschaftender Betriebe, die dem Kontrollverfahren der EU-Öko-Verordnung unterliegen, als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland.

Von 1994 bis 2005 stieg der Flächenanteil des ökologischen Landbaus an der land-

wirtschaftlichen Nutzfläche von 1,6 % auf 4,7%. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 ist die Erhöhung des Flächenanteils auf 20 % bis 2010. In den Jahren seit 2001 war die Zunahme stetig, aber geringer als Ende der 1990er Jahre.

Der Bedeutung der Tierhaltung entsprechend und wegen erheblicher Einschränkung beim Futterzukauf ist der Grünlandanteil bei Ökobetrieben hoch. Nach Daten der amtlichen Statistik stieg der Anteil des Dauergrünlands im Ökolandbau bis zum Jahr 2005 auf 51 % an, während für Ackerbau 47,8 % der Fläche genutzt wurden. In der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche dominierte umgekehrt das Ackerland mit 70 %, während das Grünland nur 29 % der Fläche einnahm (hinzu kamen Dauerkulturen mit 1 %).

Dem hohen Anteil des Dauergrünlandes entsprechend hielten Ökobetriebe mit Tierhaltung vorwiegend Rinder (76 % der Betriebe in 2003), aber auch Schafe (18 % der Betriebe). Die Schweinehaltung spielte eine geringere Rolle als in der konventionellen Landwirtschaft.

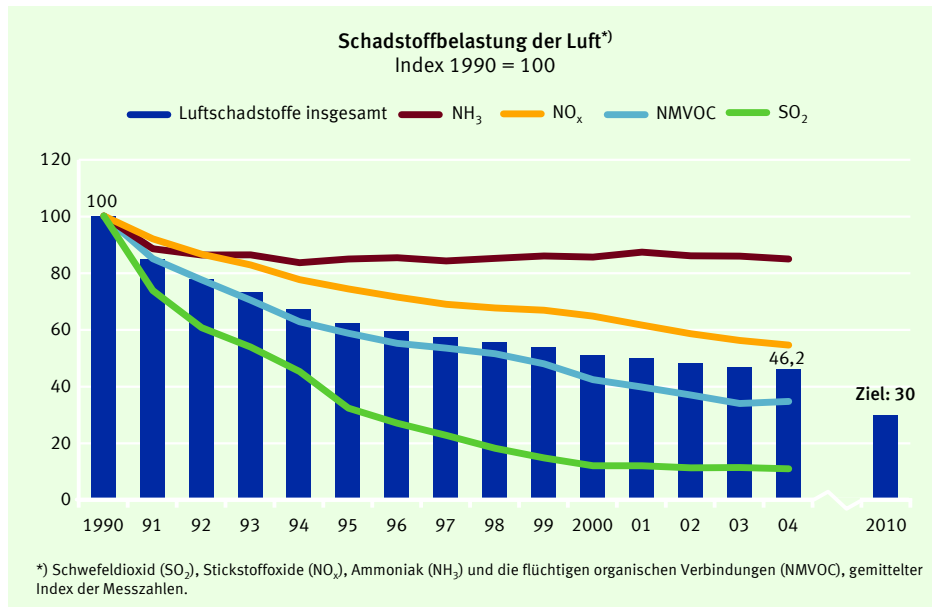
Im Ökolandbau waren die Betriebsflächen 2003 mit durchschnittlich 57 ha größer als im Durchschnitt der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe (43 ha) und dabei in den neuen Bundesländern mit 182 ha besonders groß.

Der Hauptgedanke des ökologischen Landbaus ist ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur. Ökolandbau wirkt sich günstig auf die Diversität von Arten und Lebensräumen in der agrarischen Kulturlandschaft und in den Böden aus (siehe Indikator 5 „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“). Der geringere Einsatz von Düngemitteln und fossiler Energie mindert den Stickstoffüberschuss (siehe Indikator 12a „Stickstoffüberschuss“), den Energieverbrauch (Indikator 1a „Energieproduktivität“) und die Emissionen von CO₂ (Indikator 2 „Treibhausgasemissionen“). Eine Flächenkonkurrenz zum staatlich geförderten Anbau von Biomasse (siehe Indikator 3 „Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch“) ist nicht ausgeschlossen.

II. Lebensqualität

Luftqualität

Gesunde Umwelt erhalten



Quelle: Umweltbundesamt.

13 Schadstoffbelastung der Luft

Im Schutz der menschlichen Gesundheit hatte der Umweltschutz seinen Ausgangspunkt. Erkrankungen der Atemwege waren schon früh mit Luftschadstoffen in Zusammenhang gebracht worden. Zunächst konzentrierten sich daraufhin die Schutzmaßnahmen auf eine Verringerung der Schadstoffemissionen, um den Gefahren für die menschliche Gesundheit entgegenzutreten. Die Wirkung der Luftverunreinigungen trägt auch wesentlich zur Belastung der Ökosysteme und der Artenvielfalt bei, insbesondere durch versauernde und überdüngende (eutrophierende) Luftschadstoffe. Die in Deutschland freigesetzten Emissionen konnten seit den 1980er Jahren durch den Einbau von Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen in Kraftwerken und die Verbreitung der Katalysatortechnik in Ottomotoren bereits erheblich reduziert werden, dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich. Im Indikator „Schadstoffbelastung der Luft“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sind vier wesentliche Schadstoffe zusammengefasst.

Es handelt sich um Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und die flüchtigen organischen Verbindungen (NMVOC).

Ziel der Bundesregierung ist es, den Ausstoß dieser Luftschadstoffe bis zum Jahr 2010 um 70 % gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren.

Der Indikator ging bis zum Jahr 2004 um 54 % zurück. Damit entwickelte er sich in die angestrebte Richtung. Um den Zielwert zu erreichen, müsste in dem Sechsjahreszeitraum bis 2010 eine weitere Verminderung der Emissionen um 16 Prozentpunkte erreicht werden. Deutliche Rückgänge gab es vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Bis zum Jahr 2000 hatte sich der Ausstoß von Luftschadstoffen nahezu halbiert (-49 %). In den folgenden vier Jahren bis 2004 kam es nur noch zu einer Reduzierung um fünf Prozentpunkte. Dieses zuletzt festzustellende Reduktionstempo reicht nicht aus, um das gesetzte Ziel einer Reduzierung des Gesamtindex auf 30 % zu erreichen.

Die einzelnen Emissionsarten trugen in unterschiedlichem Maße zu der Entwicklung im Zeitraum 1990 – 2004 bei. Die Schwefeldioxidemissionen konnten um 89,2 % gemindert werden. Bei dieser Emissionsart wurde damit das Ziel einer Reduktion um 70 % bereits deutlich überschritten. Zu dieser Entwicklung trugen die Entschwefelung der Kraftwerksabgase, die teilweise Ersetzung von stark schwefelhaltiger einheimischer Braunkohle durch schwefelärmere Brennstoffe sowie gesetzliche Begrenzungen für Schwefelgehalte in flüssigen Brennstoffen bei.

Die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen ohne Methan (NMVOC) konnten im betrachteten Zeitraum um 65,5 % reduziert werden. Damit wurde das Reduktionsziel von 70 % nahezu erreicht. Der zunehmende Einsatz der Katalysortechnik bei Pkws war bestimmend für eine starke Minderung der NMVOC-Emissionen im Verkehrsbereich.

Die Stickstoffoxidemissionen verminderten sich um 45,6 % gegenüber 1990. Hier

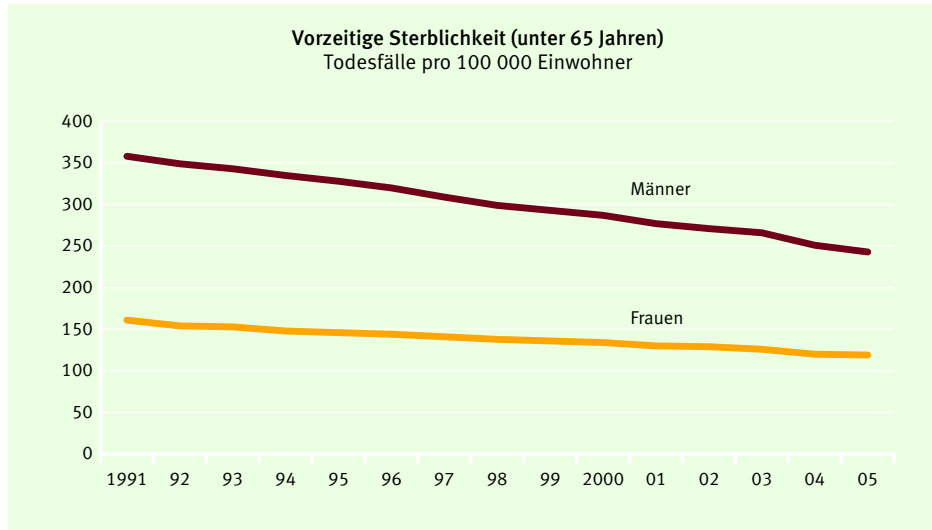
spielte der bereits erwähnte zunehmende Einsatz der Katalysatortechnik im Straßenverkehr ebenfalls eine wichtige Rolle. Darüber hinaus konnte bei Kraftwerken durch den verstärkten Einsatz von Rauchgasentstickungsanlagen ein deutlicher Rückgang erreicht werden.

Die Emissionen von Ammoniak, die fast ausschließlich in der Landwirtschaft anfallen, gingen im betrachteten Zeitraum um 15,2 % zurück. Hier schlug sich insbesondere die Verkleinerung der Tierbestände in den ersten Jahren nach der Wende in Ostdeutschland nieder. Danach stagnierte der Ausstoß nahezu.

II. Lebensqualität

Gesundheit

Länger gesund leben



Quelle: Statistisches Bundesamt.

14a Vorzeitige Sterblichkeit

Die Gesundheit und Lebenserwartung in Deutschland wird in hohem Maße von folgenden Faktoren bestimmt: der sozialen Lage, dem Bildungsniveau, dem persönlichen Lebensstil (Tabakkonsum, Alkohol, körperliche Betätigung, Ernährungsgewohnheiten), den Arbeitsbedingungen oder Umweltfaktoren (Luftverschmutzung, Lärm). Diese Faktoren bieten zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten für Prävention und Gesundheitsförderung. Treten in einer Bevölkerung gehäuft Todesfälle in einem Alter auf, das deutlich unter der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt, ist dies ein Hinweis auf erhöhte Gesundheitsrisiken. Todesfälle bis zum Alter von 65 Jahren gelten derzeit als vorzeitig und in vielen Fällen als vermeidbar. Der hier dargestellte Indikator weist die Todesfälle der unter 65-jährigen Bevölkerung bezogen auf 100 000 Einwohner aus.

Der Indikator für vorzeitige Sterblichkeit ging zwischen 1991 und 2005 kontinuierlich zurück, und zwar etwas mehr bei den Männern (-32,3%) als bei den Frauen

(– 26,2%). In absoluten Zahlen ausgedrückt starben im Jahr 2005 243 Männer und 119 Frauen von je 100 000 Einwohnern, bevor sie das 65. Lebensjahr erreichten. Die zeitliche Veränderung der vorzeitigen Sterblichkeit spiegelt zwar in erster Linie den Gesundheitszustand der Bevölkerung wider. Da aber das Sterberisiko mit zunehmendem Alter zunimmt, hat der steigende Anteil älterer Menschen innerhalb der Gruppe der bis unter 65-Jährigen die Verbesserung des Indikators im Betrachtungszeitraum gebremst. Rechnet man den Einfluss der Veränderung der Alterstruktur heraus, dann fiel der Rückgang des Anteils der vorzeitigen Sterbefälle im Beobachtungsraum bei den Männern um 7,9 Prozentpunkte und bei den Frauen um 5,8 Prozentpunkte höher aus.

Deutsche leben alles in allem immer länger. Im Dreijahresdurchschnitt (2002 – 2004) betrug die mittlere Lebenserwartung (für ein neugeborenes Kind) 81,6 Jahre für Frauen und 76,0 Jahre für Männer. Damit stieg die Lebenserwartung seit 1990 bei Frauen um 2,8 bei Männern um 3,8 Jahre, wobei sich die Geschlechterdifferenz auf

5,6 Jahre verringerte. Die Lebenserwartung der Deutschen liegt unter dem europäischen Durchschnitt (EU-15), nähert sich diesem aber an.

Generell betrachtet waren im Jahr 2004 Erkrankungen des Herz- und Kreislaufsystems die häufigste Todesursache (45%), gefolgt von bösartigen Neubildungen (26%), Krankheiten der Atmungsorgane (6,4%), des Verdauungssystems (5,2%) sowie Verletzungen und Vergiftungen (4,1%).

Die Bedeutung der Todesursachen variierte nach Alter und Geschlecht. Während Herz-Kreislauf-Erkrankungen erst ab einem Alter von 65 Jahren die meisten Sterbefälle verursachten, dominierten die bösartigen Neubildungen bei den 40- bis 64-Jährigen. Letztere sind aber auch bei Kindern bis 15 Jahre fast ebenso häufig wie die Verletzungen und Vergiftungen. Die meisten Todesfälle bei den 1- bis 39-Jährigen waren auf nicht natürliche Ursachen zurückzuführen (Verletzungen und Vergiftungen). Trotz großer Fortschritte in der Unfallbekämpfung standen Unfälle bei den

18- bis 25-Jährigen weiterhin an vorderster Stelle der Todesursachenstatistik. Auch Todesfälle durch Krankheiten der Verdauungsorgane (wie etwa durch Alkohol hervorgerufene Leberkrankheiten) kamen bei den 35- bis 55-Jährigen vergleichsweise häufiger vor als bei den anderen Altersgruppen.

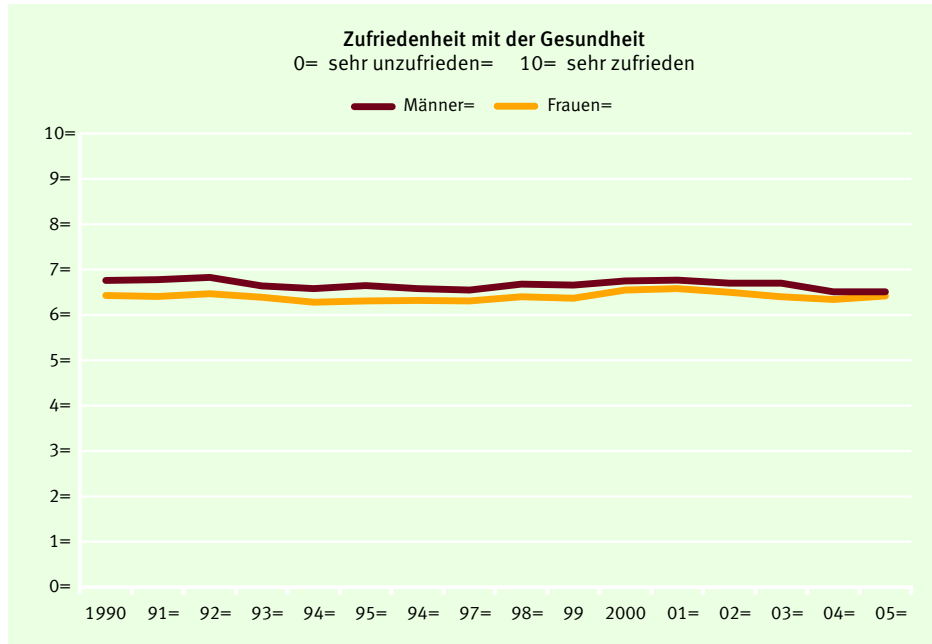
Während bei Männern bösartige Neubildungen der Bronchien und der Lunge die häufigste tödliche Krebsart war, war es bei Frauen der Brustdrüsenkrebs. Zwar ist das Zigarettenrauchen, das in Deutschland weiterhin zu den bedeutendsten gesundheitlichen Risikofaktoren gehört, in den letzten Jahren bei den Männern leicht zurückgegangen, doch nimmt es bei den Frauen zu.

Für die Gesundheit wurden in 2003 11% des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben. Dies ist ein im internationalen Vergleich hoher Wert. Die damit verbundene bessere medizinische Versorgung hat, neben der Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen, zu einer Verbesserung des Indikators beigetragen.

II. Lebensqualität

Gesundheit

Länger gesund leben



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit/Robert Koch Institut.

14b Zufriedenheit mit der Gesundheit

Lange zu leben, ist der Wunsch vieler Menschen. Mit dem steten Anstieg der mittleren Lebenserwartung ist es darüber hinaus erstrebenswert, die im Alter gewonnene Lebenszeit auch in Gesundheit zu verbringen. Gesundheit ist in jedem Fall eine entscheidende Bedingung hoher Lebensqualität. Eine objektive Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit ist aber häufig schwer zu ziehen. Über die medizinisch messbaren Werte hinaus liefert die persönliche Zufriedenheit mit der Gesundheit deshalb ein Gesamtbild, das für die Beurteilung des Wohlbefindens und auch für gesundheitspolitische Handlungsempfehlungen eine mindestens ebenso wichtige Grundlage darstellt wie einzelne Indikatoren zu spezifischen Krankheitsbildern oder Gesundheitsproblemen. So spielen neben dem Gesundheitszustand, der medizinischen Versorgung, der Prävention, Behandlung und Rehabilitation auch eigene Aktivitäten, Verhaltensweisen und Einstellungen eine große Rolle bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit.

Der hier dargestellte Indikator beruht auf repräsentativen Umfragen und gibt die Zufriedenheit mit der Gesundheit als Wert auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) an. Das subjektive Urteil spiegelt neben tatsächlichen Beschwerden auch gesundheitsbezogene Einstellungen, soziale Vergleiche oder Ängste wider. Auch gesellschaftliche Entwicklungen können sich in der Selbsteinschätzung niederschlagen, selbst wenn der medizinisch messbare Gesundheitszustand gleich geblieben ist. Ein Zielwert für den Indikator besteht nicht.

Die meisten Deutschen sind mit ihrer Gesundheit überwiegend zufrieden, die Männer sogar noch ein wenig mehr als die Frauen. Im Jahr 2005 lag die Zufriedenheit der Männer bei einem Wert von 6,5, die der Frauen bei 6,4. Seit 1990 blieb das Niveau stabil.

Mit steigendem Alter nimmt die positive Einschätzung der Gesundheit naturgemäß allmählich ab. Der Unterschied zwischen den unter 40-Jährigen und den über 60-

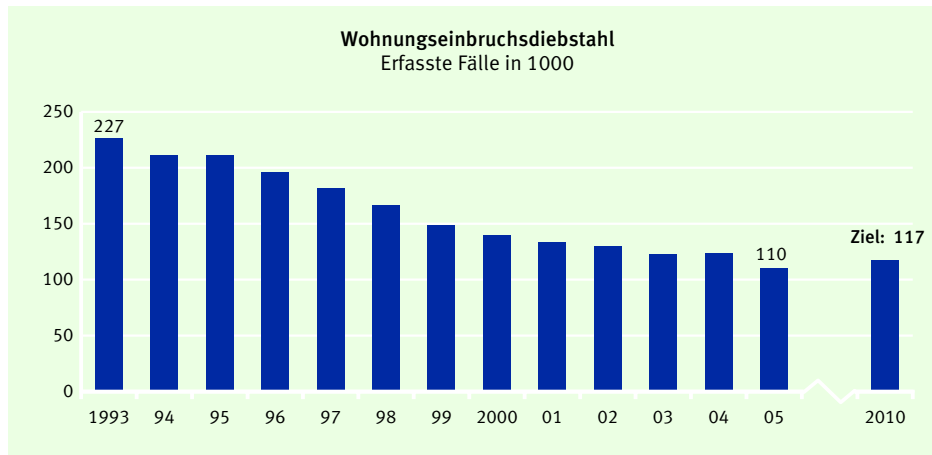
Jährigen betrug dabei rund zwei Bewertungspunkte. Menschen mit höherer oder mittlerer Bildung bewerteten ihren Gesundheitszustand positiver als diejenigen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss. Desgleichen waren voll erwerbstätige Personen sowie diejenigen mit dem höheren verfügbaren Einkommen zufriedener mit ihrer Gesundheit als die nicht Erwerbstätigen und die Menschen in der niedrigsten Einkommensgruppe. Regional betrachtet war man in Westdeutschland zufriedener mit der Gesundheit als im Osten des Landes.

Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist nur ein Teil der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Unter elf abgefragten Lebensbereichen waren die Deutschen mit ihrer Wohnsituation, der Freizeit und dem Lebensstandard am meisten zufrieden. Am wenigsten zufrieden zeigten sie sich mit dem Angebot an Waren- und Dienstleistungen und ihrem Einkommen. Die Gesundheitszufriedenheit stand hier an achter Stelle.

II. Lebensqualität

Kriminalität

Persönliche Sicherheit weiter erhöhen



Quelle: Bundeskriminalamt/Polizeiliche Kriminalstatistik.

15 Wohnungseinbruchsdiebstahl

Ein sicheres Umfeld, in dem die Bürger eines Staates ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme und für soziale Nachhaltigkeit. Als ein wichtiger Indikator der persönlichen Sicherheit vor Kriminalität gilt die Zahl der Wohnungseinbrüche. Da beim Wohnungseinbruch Fremde in die Privatsphäre des Opfers eindringen, wird dieses Delikt vom Bürger als besonders bedrohlich empfunden. Gleichzeitig kann er durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen aktiv dazu beitragen, einem vollendeten Wohnungseinbruch vorzubeugen.

Der Indikator erfasst alle Wohnungseinbruchsdiebstähle, die der Polizei angezeigt werden. Als Entwicklungsziel wurde festgelegt, dass die Zahl der Einbrüche pro Jahr gegenüber 2002 bis zum Jahr 2010 um 10% bis auf 117 000 sinken soll.

Der Wohnungseinbruch ist eine Straftat, die im Laufe des letzten Jahrzehnts fortlaufend seltener registriert wurde. Seit 1993 verringerte sich die Zahl der bekannt gewordenen Fälle auf weniger als die Hälfte. Mit rund 110 000 Fällen im Jahr 2005 hatte der Wohnungseinbruch einen Anteil von 1,7 % an den insgesamt 6,4 Millionen durch die Polizei registrierten Delikten. Das für das Jahr 2010 gesteckte Ziel wurde damit schon vorzeitig erreicht und sogar überschritten.

Der Erfolg beruhte im Wesentlichen auf einer Sensibilisierung der Bürger. Sie erhöhten ihre Sicherheit vor Einbrüchen durch den Einbau von Alarmanlagen oder besonders gesicherten Fenstern oder Türen.

Es darf nicht übersehen werden, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche nur einer von vielen möglichen Indikatoren der persönlichen Sicherheit vor Kriminalität ist. Diebstähle unter erschwerenden Umständen (worunter auch die Wohnungsein-

brüche fallen) machten 2005 rund 21 % der erfassten Straftaten aus, Fälle von Betrug 15 % und von Körperverletzung 8 %. Im Gegensatz zu den rückläufigen Zahlen bei Wohnungseinbrüchen (wie auch bei anderen Formen des Diebstahls) stiegen die gemeldeten Fälle von Körperverletzungen und Betrugsdelikten gegenüber den Vorjahren an.

III. Sozialer Zusammenhalt

Beschäftigung

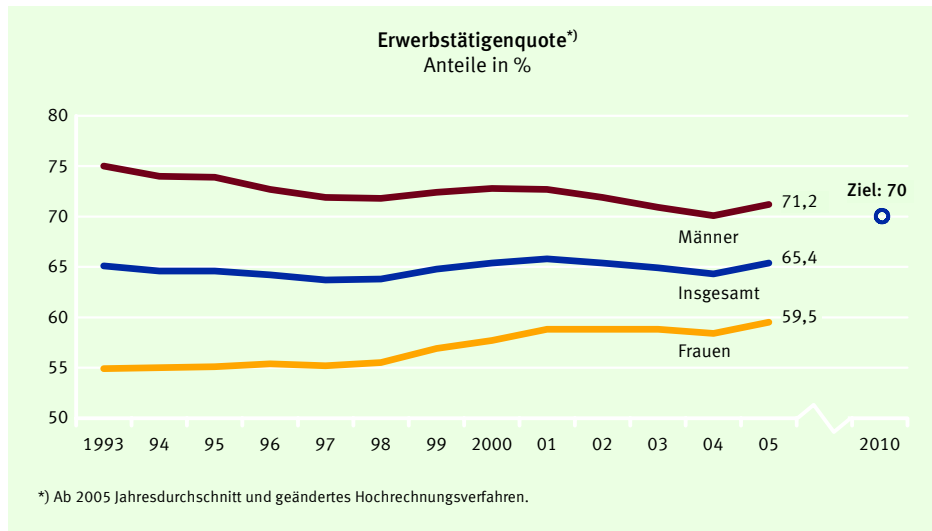
Beschäftigungsniveau steigern

16 Erwerbstätigenquote

Aufgrund des demografischen Wandels („alternde Gesellschaft“) wird es langfristig einen Mangel an Arbeitskräften in Deutschland geben. Außerdem droht wegen der

Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern eine zunehmende Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Daher ist es erforderlich, künftig die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale besser auszuschöpfen.

Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre; Erwerbstätigenquote) bis zum Jahr 2010 auf 70% zu erhöhen. Bisher stieg die Erwerbstätigenquote dagegen von 65,1% im Jahre 1993 nur leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 65,4% im Jahr 2005. Sie erhöhte sich allerdings – nachdem sie zwischenzeitlich gesunken war – allein von 2004 auf 2005 um 1,1 Prozentpunkte. In diesem deutlichen Anstieg spiegelt sich insbesondere die methodische Neugestaltung des als Datenquelle für die Erwerbstätigenquoten verwendeten Mikrozensus wider. Mit der Umstellung auf das unterjährige Erhebungskonzept liefert der Mikrozensus ab 2005 erstmals Jahresdurchschnittsergebnisse, die mit den auf eine



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

einzigste Berichtswoche im Frühjahr bezogenen Ergebnissen bis 2004 nur bedingt vergleichbar sind. Mit der neuen Erhebungsform lassen sich insbesondere unregelmäßig ausgeübte Erwerbstätigkeiten (z. B. Saisonarbeiten), die nach der international üblichen Erwerbstätigendefinition einzubeziehen sind, vollständiger erfassen. Neben dem veränderten Referenzzeitraum hat auch die Änderung des Hochrechnungsverfahrens einen steigernden Effekt auf die Erwerbstätigenzahl des Mikrozensus ab 2005. Von methodisch bedingten Zeitreihenbrüchen ist auch bei den nachfolgend dargestellten Entwicklungen für einzelne Erwerbstätigengruppen auszugehen.

Die Erwerbsneigung der Bevölkerung stieg im Zeitraum 1993 bis 2005 deutlich stärker als die Erwerbstätigenquote. Es kam nämlich in diesem Zeitabschnitt zu einer Erhöhung der Zahl der Erwerbslosen um 780 000 Personen. Das gesamte Arbeitskräfteangebot (Erwerbstätige zuzüglich Erwerbslose) hat sich, gemessen als Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen

Alter, um 1,8 Prozentpunkte auf 73,7% erhöht.

Die Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen entwickelten sich seit 1993 gegenläufig. Die Quote verringerte sich bei den Männern im betrachteten Zeitraum um 3,8 Prozentpunkte auf 71,2%. Dagegen stieg diese bei den Frauen um 4,6 Prozentpunkte auf 59,5%. Bei einer Bewertung des Anstiegs der Erwerbstätigenquote der Frauen ist zu berücksichtigen, dass die Erhöhung der Quote einherging mit einer deutlichen Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung (+ 2,1 Mill. Frauen), während sich die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen um 1,1 Mill. Personen verminderte. Das bedeutet, dass die eigentliche Zielsetzung einer besseren Ausschöpfung des weiblichen Arbeitskräftepotentials durch die bisherige Entwicklung noch nicht erreicht wurde.

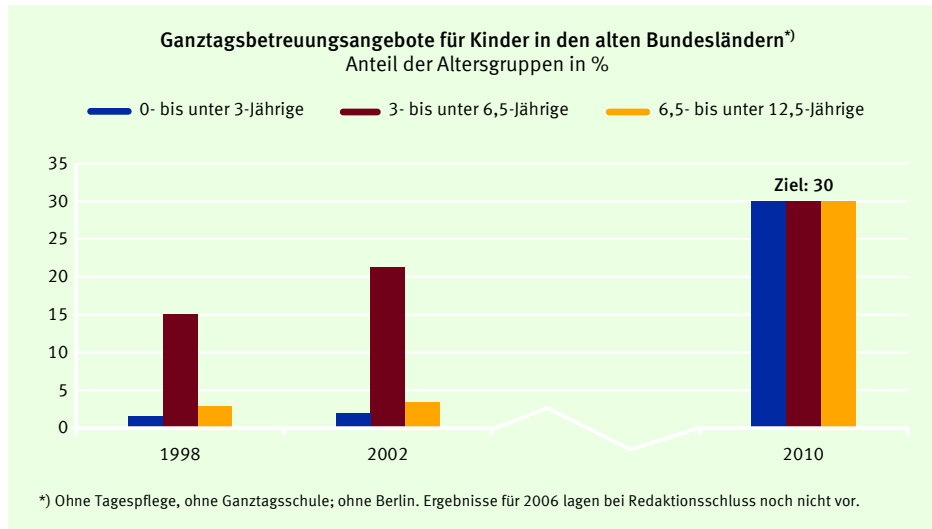
Bei einer Betrachtung der Erwerbstätigenquote nach Altersgruppen zeigen sich von 1993 bis 2005 unterschiedliche Entwicklungstendenzen. Bei der Gruppe der 15- bis unter 24-Jährigen verminderte sich die

Quote um 10,5 Prozentpunkte auf 42,5%. Hier schlägt sich vor allem die mit einer zunehmend qualifizierten Ausbildung einhergehende Verlängerung der durchschnittlichen schulischen und universitären Ausbildungszeiten nieder (siehe Indikator 9c „Studienanfängerquote“). Leicht erhöht hat sich die Quote (+ 0,5 Prozentpunkte) bei den mittleren Jahrgängen (25- bis unter 55-Jährige). In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen erhöhte sich die Quote insgesamt um zehn Prozentpunkte auf 45,4%. Es ist somit gelungen, ältere Menschen verstärkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das vorhandene Potential wird aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Besonders deutlich erhöhte sich die Quote für diese Altersgruppe in den letzten beiden Jahren (+ 6,0 Prozentpunkte), wobei zu berücksichtigen ist, dass der Anstieg durch den genannten methodischen Bruch überzeichnet wird. Die Quote bei den Frauen in dieser Altersgruppe stieg seit 1993 – allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau – mit 13,9 Prozentpunkten stärker an als bei den Männern (+ 6,0 Prozentpunkte).

III. Sozialer Zusammenhalt

Perspektiven für Familien

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern



Quelle: Statistisches Bundesamt sowie Berechnungen der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der Universität Dortmund.

17 Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder

Ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ist ein wesentliches Element, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Nach wie vor werden insbesondere Frauen durch ein Fehlen von Betreuungsplätzen daran gehindert, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder Paare entscheiden sich gegen die Gründung einer Familie, da die Versorgung der Kinder nicht gewährleistet ist. Eine bessere Balance zwischen Familien- und Berufsarbeit könnte möglicherweise auch zu einer Erhöhung der Geburtenziffer in Deutschland beitragen. Die Förderung der Kinder im Rahmen von Ganztagsangeboten ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit und zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Historisch bedingt ist das Angebot an Betreuungsplätzen in Tageseinrichtungen in den östlichen Bundesländern deutlich besser als in den westlichen. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist es daher, für das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) bis

zum Jahr 2010 in allen Altersgruppen mindestens für 30 % der Kinder Ganztagsbetreuungsplätze anzubieten. Im Jahr 2002 gab es für 21,3 % der 3- bis 6,5-jährigen (Kindergartenalter) im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) einen Ganztagsplatz, für Kinder im Alter zwischen 6,5 und 12,5 Jahren (Hortalter) lag dieser Wert bei 3,4 %, für unter Dreijährige (Krippenalter) bei 2 %. Seit 1998 ergaben sich damit erhebliche Fortschritte im Bereich der Ganztagsplätze für Kindergartenkinder, die um 6,3 Prozentpunkte wuchsen, während die Zunahme von Krippen- und Hortplätzen nur sehr gering war (+0,4 bzw. +0,6 Prozentpunkte). Um das gesteckte Ziel für Krippen und Horte zu erreichen, müssten also die Anstrengungen zur Schaffung von Plätzen noch beträchtlich verstärkt werden.

In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) standen 2002 für alle Kinder im Kindergartenalter Ganztagsplätze zur Verfügung, im Hortalter lag die Relation bei 29 %, im Krippenalter bei 36 %.

Dabei lag die Zahl der Ganztagsplätze im früheren Bundesgebiet 2002 bei rund

697 000, gegenüber 1,7 Mill. Teilzeitbetreuungsplätzen insgesamt. In den neuen Ländern gab es rund 572 000 Ganztagsplätze und knapp 65 000 Teilzeitplätze.

Das Verhältnis von Betreuungsplätzen zur Kinderzahl hängt neben dem Angebot an Plätzen auch von der Kinderzahl und der Anzahl der Geburten ab. Auch hier sind für Ost- und Westdeutschland erhebliche Unterschiede festzustellen, sodass gesamtdeutsche Ergebnisse die grundverschiedenen Herausforderungen nicht deutlich werden lassen. In Westdeutschland stieg die jährliche Zahl der Geburten zwischen 1978 und 1997 von knapp 600 000 auf rund 700 000. Seit 1997 sind hier die Geburtenzahlen rückläufig, was sich aktuell in rückläufigen Kinderzahlen im Krippen- und Kindergartenalter niederschlägt. Die Geburtenzahl lag 2005 bei rund 560 000, die Zahl der Lebendgeborenen bei 8,5 je 1 000 Einwohner.

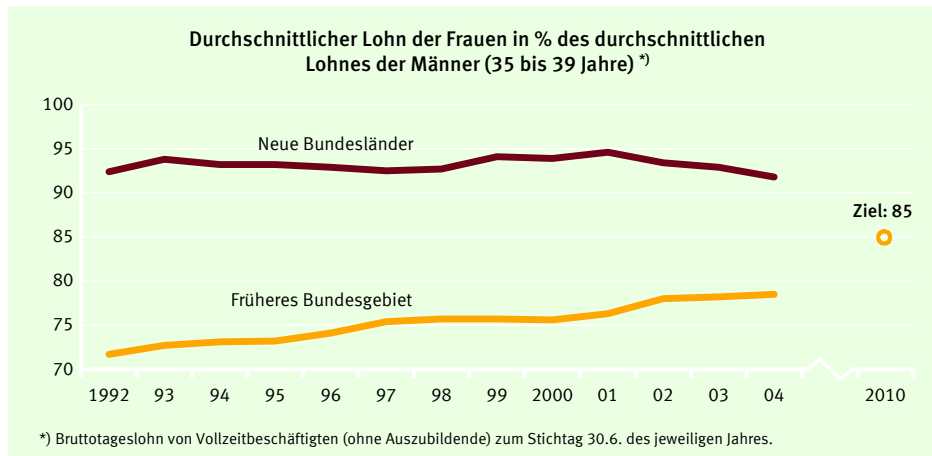
In Ostdeutschland bewegte sich die Zahl der jährlichen Geburten zwischen 1978 und 1987 zwischen 220 000 und 250 000. Im Zuge der Wiedergewinnung der deutschen

Einheit brachen die jährlichen Geburtenzahlen geradezu dramatisch ein: Zwischen 1989 und 1991 sanken sie um 50 %. In der Folge nahm bis 1994 die Zahl der Kinder im Krippenalter stark ab, dann bis 1998 die Zahl der Kinder im Kindergartenalter und seither die Zahl der Kinder im Hortalter. Seit 1994 steigen die Geburtenzahlen in Ostdeutschland wieder an, was sich mit mehr Kindern im Krippenalter und seit 1998 wieder mit mehr Kindern im Kindergarten- und Hortalter bemerkbar macht. Die Geburtenzahl lag 2005 bei fast 97 000, die Zahl der Lebendgeborenen bei 7,2 je 1 000 Einwohner. Die Geburtenrate lag also deutlich niedriger als in Westdeutschland (8,5).

III. Sozialer Zusammenhalt

Gleichberechtigung

Gleichberechtigung in der Gesellschaft fördern



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstichprobe.

18 Durchschnittlicher Lohn von Frauen

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Diese Zielsetzung des Grundgesetzes ist auch Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft. Soziale Ungleichheiten wie auch solche zwischen Frauen und Männern müssen vermieden und damit Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

Lohnunterschiede sind in modernen Erwerbsgesellschaften eine wichtige Quelle für soziale Ungleichheit. Die Verringerung der Lohnunterschiede kann als Indikator für Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung genutzt werden. Im Jahr 2004 erzielten 35- bis 39-jährige vollzeitbeschäftigte Frauen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) durchschnittlich nur 78,5% der Verdienste gleichaltriger Männer, gegenüber 91,8% in den neuen Ländern. Es bestehen also erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Als Ziel der Bundesregierung wird daher für das

frühere Bundesgebiet eine Steigerung dieses Anteils auf 85 % bis zum Jahr 2010 angestrebt.

Seit 1992 zeigten sich in den neuen Ländern geringe Schwankungen des Indikators – auf relativ hohem Niveau –, während im früheren Bundesgebiet ein kontinuierlicher Anstieg um 6,8 Prozentpunkte zu verzeichnen war. In den Jahren ab 2000 war der jährliche Anstieg etwas größer als zuvor, trotzdem würde dieses Entwicklungstempo nicht ganz reichen, um das für 2010 gesteckte Ziel zu erreichen.

Betrachtet man ergänzend zum Indikator den Durchschnittsverdienst aller vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland zusammen, so ergibt sich für 2005, dass die weiblichen Beschäftigten mit 2 539 Euro durchschnittlich 20 % weniger verdienten als ihre männlichen Kollegen.

Eine unterschiedliche Entlohnung von Frauen und Männern – wie auch zwischen anderen Gruppen – beruht oft auf der Art des ausgeübten Berufs, der

Berufserfahrung und der Positionierung im Unternehmen. Aber auch die Verteilung auf Wirtschaftsbereiche und Betriebe unterschiedlicher Größe spielt eine Rolle, ebenso wie die unterschiedliche berufliche Weiterentwicklung.

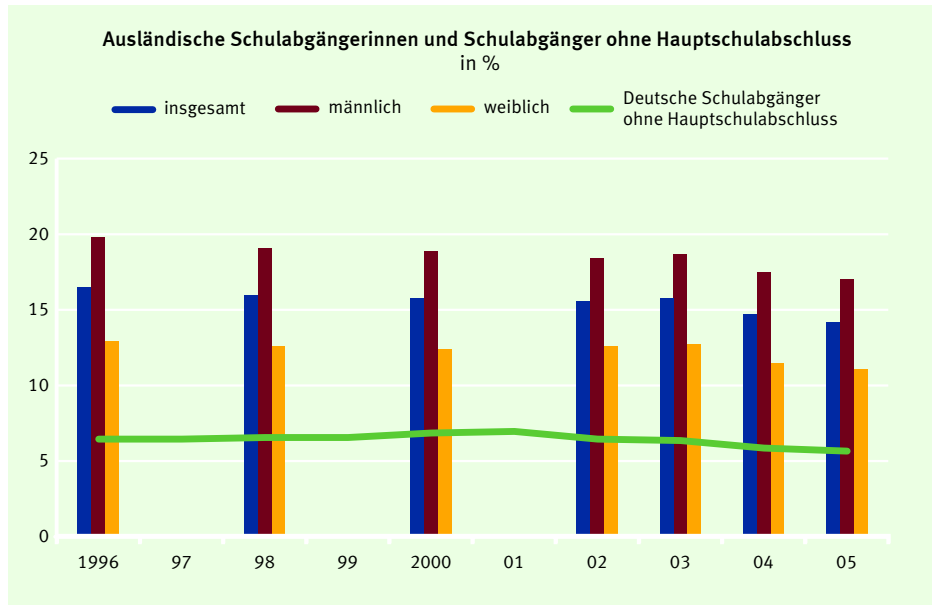
Häufig arbeiten Frauen in Branchen oder Berufen, in denen weniger gut bezahlt wird. Branchen mit einem hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten sind zum Beispiel das Bekleidungs-gewerbe, der Einzelhandel, das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen und die sonstigen Dienstleistungen (jeweils mit einem Frauenanteil zwischen 70 % und 80 %). Umgekehrt sind Männer verstärkt in Bereichen tätig, in denen besser bezahlt wird, wie etwa Maschinen- oder Fahrzeugbau. Frauen stellen in diesen Bereichen weniger als 20 % der Beschäftigten. Im Jahr 2005 lag beispielsweise der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen im Einzelhandel bei 2 114 Euro, im Fahrzeugbau dagegen bei 3 082 Euro. Die Männer verdienen in diesen Branchen durchschnittlich 2 694 Euro bzw. 3 534 Euro pro Monat.

Im Verlauf der letzten eineinhalb Jahrzehnte hat sich die formale Qualifikation der Frauen deutlich verbessert (siehe Indikatoren 9a und 9b zu „Bildung“). Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass sich der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen verringert hat. Aber auch bei gleicher formaler Qualifikation werden Frauen häufig schlechter entlohnt. Eine wichtige Rolle spielen hierbei vor allem Unterschiede in den Erwerbsbiographien von Männern und Frauen, da diese bei Frauen häufiger durch Unterbrechungen oder Teilzeitarbeit wegen Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder aus anderen Gründen geprägt sind. Diese Faktoren können die Karriere und damit die Entwicklung der Entlohnung hemmen. Das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen hat sich zwar ebenfalls verbessert (siehe Indikator 17 „Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder“), es reicht aber zumindest in Westdeutschland bei weitem nicht aus, um die Erwerbsarbeit mit Familien- und Erziehungstätigkeiten problemlos zu vereinen und damit Brüche zumindest in der Erwerbsbiografie von Müttern zu vermeiden.

III. Sozialer Zusammenhalt

Integration

Integrieren statt ausgrenzen



Quelle: Statistisches Bundesamt.

19 Ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

Die Integration von bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländern ist eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration ist die schulische Qualifizierung, die berufliche Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt deshalb das Ziel, den Anteil der ausländischen jugendlichen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu reduzieren und bis zum Jahr 2020 an die entsprechende Quote für die deutschen Jugendlichen anzugleichen.

Im Zeitraum 1996 bis 2005 hat sich dieser Anteil von 16,5 % auf 14,2 % vermindert. Für die ausländischen Jugendlichen wurden somit Fortschritte erreicht. Allerdings war bei dieser Gruppe 2005 der Anteil von Schulabsolventen ohne Abschluss immer noch fast doppelt so hoch wie bei den deutschen Jugendlichen, bei denen der Anteil bei 5,6 % lag. Bei den deutschen

Jugendlichen hat sich die Quote von 1996 bis 2005 um 0,8 Prozentpunkte verbessert. Im Hinblick auf das angestrebte Ziel sind also noch erhebliche Anstrengungen erforderlich. Zumal zugleich angestrebt wird, den Anteil aller Jugendlichen ohne Abschluss weiter zu senken (siehe Indikator 9a „25-Jährige ohne Ausbildungsabschluss“).

Betrachtet man die erreichten Abschlüsse der jungen Ausländer, so lässt sich feststellen, dass 39% der Absolventen des Jahrgangs 2005 einen Hauptschulabschluss hatten, 32% beendeten die Schule mit dem Realschulabschluss, 15% erreichten die allgemeine oder die Fachhochschulreife. Bei den deutschen Absolventen lagen die vergleichbaren Zahlen bei 21%, 40% und 34%. Insbesondere bei den „höheren“ Bildungsabschlüssen sind also die ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu den deutschen erheblich unterrepräsentiert.

Zugleich zeigt sich eine insgesamt bessere Schulausbildung ausländischer – wie auch deutscher – junger Frauen. Von ihnen hatten

2005 nur 11,1% keinen Schulabschluss, während es bei den ausländischen jungen Männern 17% waren.

Neben der Schulausbildung spielt auch die berufliche Qualifizierung eine wichtige Rolle für die Integration ausländischer Mitbürger in unsere Gesellschaft. Im Jahr 2005 hatten fast die Hälfte (48,5%) der jungen Erwachsenen ausländischer Herkunft (25 bis 29 Jahre) keinen Berufs- oder Hochschulabschluss. Bei den gleichaltrigen Deutschen waren es 22%. Während mehr ausländische Frauen als Männer einen Schulabschluss hatten, war es beim Berufsabschluss umgekehrt. Knapp 53% der ausländischen jungen Frauen dieser Altersgruppe hatten 2005 keinen Berufs- oder Hochschulabschluss, gegenüber 44% der jungen Männer ausländischer Herkunft.

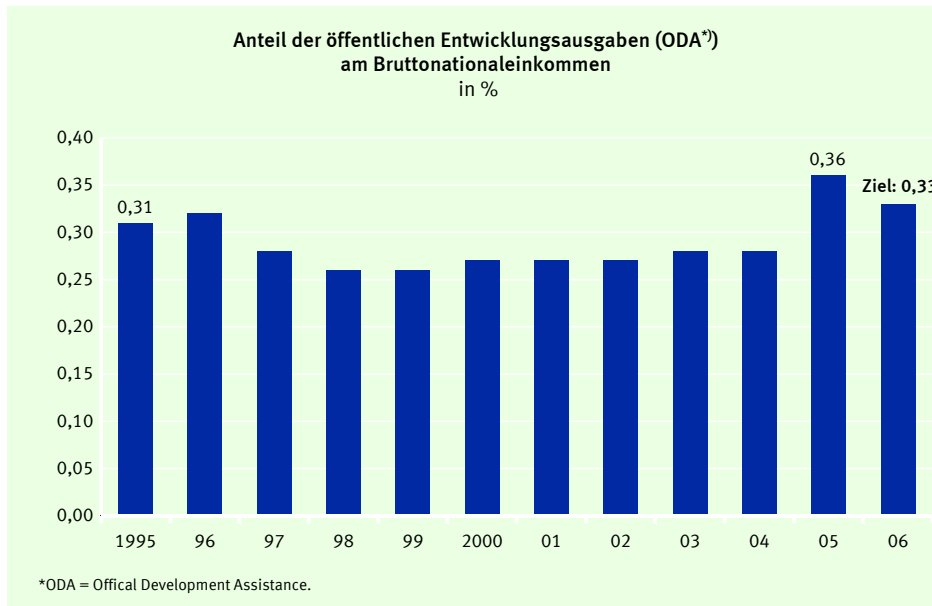
In Deutschland lebten Ende 2005 rund 7,3 Mill. Mitbürger mit ausländischem Pass, das sind 8,8% der Bevölkerung. Im Schuljahr 2005/2006 besuchten rund 930 000 Ausländerinnen und Ausländer allgemeinbildende Schulen. 191 400 ausländische Schüler waren es an beruf-

lichen Schulen. Der Ausländeranteil lag damit bei 9,8% an den allgemeinbildenden Schulen und bei 6,9% an den beruflichen Schulen.

IV. Internationale Verantwortung

Entwicklungszusammenarbeit

Nachhaltige Entwicklung unterstützen



Quelle: Statistisches Bundesamt sowie Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

20 Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen

Mit ihrer Entwicklungspolitik tragen die Industrienationen dazu bei, die weltweite Armut zu mindern, Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen. In dieser Verantwortung orientiert sich die deutsche Entwicklungspolitik am Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung, die sich gleichermaßen in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Tragfähigkeit und politischer Stabilität ausdrückt.

Der hier dargestellte Indikator umfasst die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (so genannte Official Development Assistance – ODA) im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen. Zur ODA zählen vor allem die Ausgaben für die finanzielle und die technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie die Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. an die Vereinten Nationen (VN), die EU, die

Weltbank und regionale Entwicklungsbanken). Daneben sind auch der Erlass von Schulden sowie bestimmte Ausgaben für Entwicklung im Geberland, wie etwa Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern oder Ausgaben für entwicklungsländerspezifische Forschung, auf die ODA anrechenbar. Im Rahmen der VN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung von Monterrey hat sich die Bundesregierung verpflichtet, bis 2006 0,33 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen. Dieses Ziel wurde in die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie übernommen.

Für die Zukunft ergibt sich aus der gemeinsamen Verpflichtung der EU, die Ausgaben für die ODA schrittweise zu erhöhen, für die deutsche Entwicklungspolitik das Ziel, den Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % zu steigern. Die Bundesregierung hat in einer Protokollerklärung zum Beschluss des Europäischen Rates festgehalten, dass wegen der äußerst schwierigen deutschen Haushalts- und Finanzlage und der Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt innovative Finanzierungs-

instrumente einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten müssen. Im Jahr 2005 lag der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen bei 0,36 %, gegenüber 0,28 % im Vorjahr. Damit war das für 2006 formulierte Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, 0,33 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, bereits 2005 erreicht. Die ODA-Leistungen lagen 2005 bei 8,1 Mrd. Euro. Die deutliche Steigerung gegenüber 2004 basierte in erster Linie auf einem überdurchschnittlichen Anteil an Schuldenerlassen.

Gut zwei Drittel der Mittel für die ODA wurde 2005 im Rahmen der technischen oder finanziellen Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnerländern, der Nahrungsmittelhilfe, der entwicklungsorientierten Not- und Flüchtlingshilfe sowie für den Schuldenerlass verwendet. Auch die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit (z. B. von Nichtregierungsorganisationen, politischen Stiftungen, kirchlichen Hilfswerken, Privatwirtschaft) wurde unterstützt. Die übrigen Mittel gingen an die VN, die EU, die Weltbank oder regionale Entwicklungsbanken.

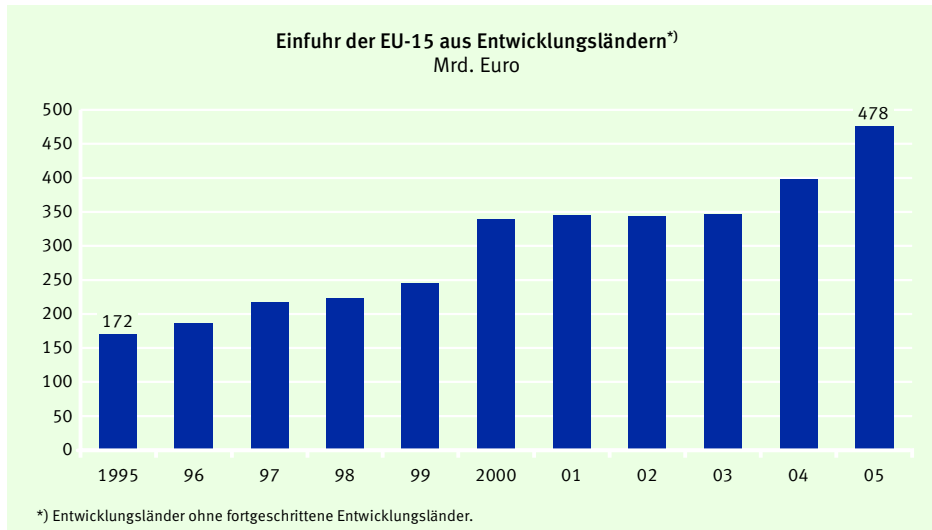
Im internationalen Vergleich war Deutschland 2005 absolut gesehen der viertgrößte Geber von ODA-Mitteln hinter den USA, Japan und Großbritannien. Bezogen auf das Bruttonationaleinkommen wendeten aber vor allem kleinere Länder höhere Anteile für die Entwicklungszusammenarbeit auf. Norwegen, Schweden, Luxemburg, die Niederlande und Dänemark erreichten bzw. überschritten 2005 sogar die 0,7-Prozent-Marke.

Neben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden auch von privater Seite (z. B. Kirchen, Stiftungen und Verbände) aus Spenden und Eigenmitteln Beiträge zur Entwicklungshilfe geleistet. Die private Entwicklungshilfe belief sich in den Jahren 1999 bis 2004 etwa gleichbleibend auf jeweils rund 900 Mill. Euro und stieg 2005 auf rund 1,2 Mrd. Euro, was einem Anteil von 0,05 % am Bruttonationaleinkommen entsprach. Auch private Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern unterstützen deren wirtschaftlichen Aufbau. Sie beliefen sich 2005 auf 10,4 Mrd. Euro.

IV. Internationale Verantwortung

Märkte öffnen

Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern



Quelle: Eurostat.

21 Einfuhr der EU-15 aus Entwicklungsländern

Für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind die Entwicklungsländer auf ein offenes und faires Handelssystem angewiesen, das es ihnen ermöglicht sowohl Rohstoffe als auch verarbeitete Produkte auf den Märkten der Industrie- und der Schwellenländer anzubieten. Als Indikator dafür, inwieweit dieses Ziel erreicht wurde, dienen die Einfuhrzahlen der Entwicklungsländer in die EU-15. Die so genannten fortgeschrittenen Entwicklungsländer wie etwa Südkorea, Israel oder Singapur sind dabei nicht einbezogen.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre sowie ab 2003 war ein deutlicher Anstieg der Einfuhrzahlen zu verzeichnen, von 172 Mrd. Euro in 1995 auf 478 Mrd. Euro in 2005. Der Anstieg um knapp 180 % liegt deutlich höher als der Anstieg der gesamten Einfuhren der EU-15 (+ 128 %). Damit erhöhte sich auch der Anteil der Einfuhren aus Entwicklungsländern an den Gesamteinfuhren der EU-15 von 31,5 % in 1995 auf 38,0 % in 2005. Deutschland hatte dabei

einen Anteil von 17,6 % oder 84,3 Mrd. Euro an den EU-Einfuhren aus Entwicklungsländern.

Die Hälfte der Einfuhren aus Entwicklungsländern kam 2005 aus asiatischen Ländern, 9 % aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, knapp 19 % aus Afrika und 14 % aus Mittel- und Südamerika. Der Rest entfiel auf europäische Entwicklungsländer (z. B. Albanien, Türkei, Weißrussland) und Ozeanien. Das im Hinblick auf die Importe in die EU-15 bedeutendste Entwicklungsland war China: Der Wert der Einfuhren aus diesem Land belief sich im Jahr 2005 auf 148 Mrd. Euro und lag damit fünfmal so hoch wie 1995. Zum Vergleich: Die Einfuhren aus Japan in die EU-15 beliefen sich 2005 auf 68,8 Mrd. Euro und 1995 auf 54,3 Mrd. Euro.

Die Einfuhren aus China prägen daher die Entwicklung des Indikators sehr stark. Rechnet man sie über den gesamten Zeitraum von 1995 bis 2005 aus den Einfuhren der Entwicklungsländer heraus, zeigt sich, dass der Anteil dieser Länder an den europäischen Importen sich kaum

verändert hat und mit geringfügigen Schwankungen etwas über einem Viertel lag (26,5 % in 2005). Eine stärkere Beteiligung dieser Länder am Handel mit der EU-15 ist insoweit nicht erkennbar.

Interessant ist auch ein Blick auf die Gütergruppen, bei denen die Einfuhren aus Entwicklungsländern 2005 einen überdurchschnittlichen Anteil an den Gesamteinfuhren hatten. Hier sind Nahrungsmittel und lebende Tiere (59 %) zu nennen, Getränke und Tabak (47 %), Rohstoffe (ohne mineralische Brennstoffe; 52 %), tierische und pflanzliche Öle und Fette (89 %), bearbeitete Waren (44 %) sowie verschiedene Fertigwaren (56 %). Unter dem Durchschnitt von 38 % lag die Einfuhr von mineralischen Brennstoffen (36 %), Maschinenbauerzeugnissen, elektrotechnischen Geräten und Fahrzeugen trotz der unten erwähnten Steigerung seit 1995 (30 %), chemischen Erzeugnissen (16 %) sowie sonstigen Waren (15 %).

Vergleicht man die Einfuhr aus Entwicklungsländern von 1995 bis 2005 nach Gütergruppen, so fällt auf, dass der Anteil

der Nahrungsmittel und lebenden Tiere deutlich zurückging (von 14,7 % auf 8,1 %), während der Anteil der Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnischen Geräte und Fahrzeuge stark stieg (von 14,7 % auf 27,2 %). Rohstoffe und mineralische Brennstoffe zusammen umfassten 1995 wie 2005 rund ein Viertel der Einfuhren in die EU-15. Dabei ging jedoch der Anteil der Rohstoffeinfuhren aus Entwicklungsländern zurück (von 9 % auf 5,3 %), während der Anteil der mineralischen Brennstoffe zunahm (von 15,8 % auf 19,4 %). Dabei sollte berücksichtigt werden, dass die gezeigten Veränderungen sich sowohl aus einem steigenden Umfang an Einfuhren aus Entwicklungsländern als auch aufgrund von Preissteigerungen für die eingeführten Produkte ergeben können. Die Anteile der übrigen Warengruppen (verschiedene Fertigwaren, bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse, Getränke und Tabak sowie tierische und pflanzliche Öle und Fette) an der Gesamteinfuhr aus Entwicklungsländern veränderten sich kaum.